

MEINHARD FORKERT

Eingetragene  
Lebenspartnerschaften  
im deutschen IPR:  
Art. 17b EGBGB

*Max-Planck-Institut  
für ausländisches und internationales  
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen  
und internationalen Privatrecht*

118

---

**Mohr Siebeck**

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

118

Herausgegeben vom

**Max-Planck-Institut für ausländisches  
und internationales Privatrecht**

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Reinhard Zimmermann





Meinhard Forkert

Eingetragene  
Lebenspartnerschaften  
im deutschen IPR:  
Art. 17b EGBGB

Mohr Siebeck

*Meinhard Forkert*, geboren 1976; Studium der Rechtswissenschaften in Bonn; 2003 Promotion an der Universität zu Köln; Rechtsreferendar beim OLG Koblenz.

978-3-16-158397-1 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-148224-7

ISSN 0720-1147 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2003 J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

*Meinen Eltern*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Herbst 2002 bei der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln als Dissertation eingereicht. Wichtige Literatur und vor allem Rechtsentwicklungen im Ausland wurden bis August 2003 berücksichtigt.

Dieses Buch hat das Ziel, eine erste und ausführliche Analyse des neuen, seit 1.8.2001 geltenden Art. 17b EGBGB zu geben. Es will Problemstellen aufzeigen und Lösungswege präsentieren. Neben einer rechtswissenschaftlichen Betrachtungsweise ist das Buch darauf ausgerichtet, auch für die Praxis unmittelbar verwertbare Ausführungen zu bieten.

Meinem verehrten Lehrer und Doktorvater, Herrn Professor Dr. Heinz-Peter Mansel, danke ich herzlichst für die Förderung und das Wohlwollen, das er mir nicht nur in meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an seinem Lehrstuhl in Köln entgegengebracht hat. Er stand mir als Diskussionspartner stets zur Verfügung und hat das Fortkommen der Arbeit mit großer Überzeugung unterstützt. In jeder Phase der Arbeit genoß ich eine intensive Betreuung, bekam wertvolle Ratschläge und Hinweise, wobei mein rechtswissenschaftlicher Spielraum niemals eingeschränkt wurde. Darüber hinaus durfte ich an seinem Lehrstuhl als wissenschaftlicher Mitarbeiter vielfältige Tätigkeiten wahrnehmen. Trotz des Arbeitsaufkommens hatte mein Doktorvater stets ein Auge darauf, daß mir genügend Zeit verblieb, die Arbeit in dem gesetzten Zeitrahmen fertig zu stellen.

Herrn Professor Dr. Jürgen F. Baur danke ich für die zeitnahe Erstellung des Zweitgutachtens.

Dem Max-Planck-Institut bin ich sehr verbunden für die Aufnahme in diese Schriftenreihe.

Danken möchte ich auch Herrn Christian Clingen, Frau Nina Klapperich, Herrn Alexander Thiem für die Hilfe beim Korrekturlesen. Ein besonderes Lob geht an Herrn Oliver Gönner, der mir über den ganzen Zeitraum der Erstellung der Arbeit im Hinblick auf PC und Technik mit Rat und Tat zur Seite stand. Verbunden bin ich des weiteren Herrn Marc Roloff für die wertvolle Hilfe bei den Formatierungsarbeiten. Ebenfalls bedanke ich mich bei allen Freunden im Institut für manch anregende Diskussion.

Last but not least bedanke ich mich ganz besonders bei meinen Eltern und meiner Frau. Meine Eltern haben mir letztlich den Gang der Ausbildung erst ermöglicht und mich immer in meinem Fortkommen inner- und außerhalb der Universität unterstützt. Meine Frau hat mich ebenfalls – trotz eigenem Prüfungsstreß im Rahmen der Großen Staatsprüfung für Vermessungs- und Liegenschaftswesen und beginnendem Berufsleben – nie im Stich gelassen. Ihr gebührt meine ganze Liebe.

Neuhäusel, im August 2003

Meinhard Forkert



# Inhaltsübersicht

Vorwort.....	VII
Inhaltsverzeichnis .....	XI
Abkürzungsverzeichnis.....	XXV

<b>Teil 1 – Grundlagen .....</b>	<b>1</b>
§ 1 Ausgangslage.....	3
§ 2 Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichts.....	8
§ 3 Entscheidung des BVerfG unter Einbeziehung des Meinungsstandes der Literatur.....	12
§ 4 Bisheriges deutsches autonomes Recht.....	45
§ 5 Ausländisches autonomes Recht .....	49
§ 6 Begrifflichkeiten .....	56

<b>Teil 2 – Deutsches Kollisionsrecht der eingetragenen Lebenspartnerschaft .....</b>	<b>61</b>
§ 7 Allgemeines zu Art. 17b EGBGB .....	63
§ 8 Die Begründung der Lebenspartnerschaft – Art. 17b I 1, 1. Fall EGBGB .....	97
§ 9 Die allgemeinen Wirkungen der Lebenspartnerschaft – Art. 17b I 1, 2. Fall EGBGB .....	109
§ 10 Die güterrechtlichen Wirkungen einer Lebenspartnerschaft – Art. 17b I 1, 3. Fall EGBGB .....	124
§ 11 Die Auflösung der Lebenspartnerschaft – Art. 17b I 1, 4. Fall EGBGB .....	168
§ 12 Die unterhaltsrechtlichen Folgen einer Lebenspartnerschaft – Art. 17b I 2 EGBGB .....	200
§ 13 Die erbrechtlichen Folgen einer Lebenspartnerschaft – Art. 17b I 2 EGBGB .....	227
§ 14 Lebenspartnerschaftsnamensstatut und Art. 17b II 1, 1. Fall EGBGB.....	260
§ 15 Lebenspartnerschaftswohnung und Hausrat – Art. 17b II 1, 2. Fall EGBGB .....	276
§ 16 Schutz des inländischen Rechtsverkehrs bei Anwendung ausländischen Rechts – Art. 17b II 2 EGBGB .....	282
§ 17 Mehrfachregistrierungen in verschiedenen Staaten – Art. 17b III EGBGB.....	288
§ 18 Die Sperrklausel des Art. 17b IV EGBGB .....	296
§ 19 Kindschaftsrechtliche Folgen.....	314
§ 20 Übergangsregelung .....	325

<b>Teil 3 – Schluß und Zusammenfassung</b> .....	329
§ 21 Fazit.....	331
§ 22 Zusammenfassung .....	337
Literaturverzeichnis.....	345
Register.....	353

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Inhaltsübersicht.....	IX
Abkürzungsverzeichnis.....	XXV

### Teil 1 – Grundlagen

<b>§ 1 Ausgangslage</b> .....	3
A. Gesetzesgeschichte.....	3
B. Gesetzliche Neuerungen.....	4
I. Überblick.....	4
II. Art. 17b EGBGB.....	5
C. Gang der Untersuchung.....	6
<b>§ 2 Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichts</b>	
A. Ansicht der Senatsmehrheit.....	9
B. Sondervotum.....	10
C. Resümee.....	11
<b>§ 3 Entscheidung des BVerfG unter Einbeziehung des Meinungsstandes der Literatur</b>	
A. Formelle Rechtmäßigkeit.....	12
I. Kein Verstoß gegen Art. 84 I GG.....	12
II. Verfassungsmäßige Aufteilung des Gesetzesvorhabens.....	13
III. Ergebnis.....	16
B. Materielle Rechtmäßigkeit.....	16
I. Überblick.....	16
II. Art. 1 I GG.....	17
III. Art. 2 I GG.....	18
IV. Art. 2 I GG i.V.m. Art. 1 I GG (APR).....	18
V. Art. 6 I GG.....	20
1. Schutzbereich „Familie“.....	20
2. Schutzbereich „Ehe“.....	21
a) Art. 6 I GG als klassisches Abwehrrecht.....	21
b) Der Ehebegriff.....	21
c) Verbot der Gleichstellung oder Annäherung.....	23
aa) Institutsgarantie des Art. 6 I GG.....	23
bb) Lebenspartnerschaft als Ehehindernis.....	24
aaa) Gesetzeslücke.....	24
bbb) Lösungsvorschlag.....	24
(1) § 1306 BGB analog.....	25
(2) Auflösung ex nunc.....	26
(3) Stellungnahme.....	26
d) Art. 6 I GG als Grundsatznorm.....	27

aa)	Entstehungsgeschichte .....	28
bb)	Absoluter Konkurrenzschutz .....	28
cc)	Schutzabstandsgebot .....	29
aaa)	Gleichstellungsrecht des Gesetzgebers .....	31
(1)	Blick ins IPR .....	31
(2)	Keine Schlechterstellung der Ehe .....	32
(3)	Argument der Reproduktionsfunktion .....	32
bbb)	Zwischenergebnis .....	34
dd)	Zwischenergebnis .....	34
e)	Eheprivileg .....	35
f)	Familienförderung .....	35
g)	Zwischenergebnis .....	36
3.	Kollidierendes Verfassungsrecht und praktische Konkordanz .....	36
VI.	Art. 14 GG .....	38
1.	Verstoß gegen die Testierfreiheit .....	38
2.	Benachteiligung sonstiger Erbberechtigter .....	38
3.	Ergebnis .....	38
VII.	Art. 3 GG .....	39
1.	Art. 3 III 1 GG .....	39
2.	Art. 3 I GG .....	39
a)	Ausschluß anderer Sexual- oder Zweckpartnerschaften .....	40
b)	Ausschluß heterosexueller Lebensgemeinschaften .....	41
aa)	Ansicht Muschelers .....	42
bb)	Stellungnahme .....	42
c)	Ergebnis .....	44
VIII.	Ergebnis .....	44

## § 4 Bisheriges deutsches autonomes Recht

A.	Schuldrechtliche Qualifikation .....	45
B.	Familienrechtliche Qualifikation .....	46
C.	Anknüpfung .....	46
D.	Ordre public .....	47
E.	Resümee .....	48

## § 5 Ausländisches autonomes Recht

A.	Allgemeines .....	49
B.	Länderüberblick .....	50
I.	Skandinavien .....	50
II.	Niederlande .....	51
III.	Belgien .....	52
1.	IPR-Gesetz-Entwurf .....	52
2.	Öffnung der Ehe .....	53
IV.	Frankreich .....	54
V.	Spanien .....	54
VI.	Andere EU-Staaten .....	55

## § 6 Begrifflichkeiten

A.	Wirkung des LPartDisBG .....	56
----	------------------------------	----

B.	Formen des Zusammenlebens .....	56
I.	Ehe.....	57
II.	Nichteheliche Lebensgemeinschaft .....	57
III.	Lebenspartnerschaft .....	58
1.	Neue Unterformen des Zusammenlebens.....	58
2.	Korrektur der Definition einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft.....	60
3.	Differenzierung zu Zweckgemeinschaften.....	60

## **Teil 2 – Deutsches Kollisionsrecht der eingetragenen Lebenspartnerschaft**

### **§ 7 Allgemeines zu Art. 17b EGBGB**

A.	Staatsverträge und Qualifikation.....	63
I.	Staatsverträge.....	63
II.	Qualifikation.....	65
1.	Eingetragene Lebenspartnerschaft homosexueller Personen .....	65
a)	Anknüpfungsgegenstand.....	65
b)	Maßstab der Qualifikation .....	65
c)	Charakter der Kollisionsnorm.....	66
d)	Auslegung des Systembegriffs.....	67
2.	Eingetragene heterosexuelle Partnerschaften .....	68
a)	Qualifikation eines unbekanntem Rechtsinstituts.....	69
b)	Direkte Anwendung des Art. 17b EGBGB.....	70
c)	Analoge Anwendung des Art. 17b EGBGB .....	71
d)	Exkurs .....	73
3.	Gleichgeschlechtliche Ehen.....	74
a)	Staatsverträge.....	75
aa)	CIEC-Übereinkommen zur Erleichterung der Eheschließung im Ausland .....	75
bb)	Haager Übereinkommen über die Eheschließung und die Anerkennung von Ehen.....	76
b)	Anwendung des Art. 17b EGBGB .....	76
c)	Exkurs .....	78
aa)	Ehen mit rein ausländischer Beteiligung .....	79
aaa)	Art. 13 ff. EGBGB .....	79
bbb)	Ehehindernis .....	80
ccc)	Ordre public gemäß Art. 6 EGBGB.....	81
(1)	Voraussetzungen.....	82
(a)	Eklatanter Verstoß.....	82
(b)	Unerträgliches Anwendungsergebnis.....	82
(c)	Starker Inlandsbezug .....	83
(2)	Übertragung der Grundsätze .....	83
bb)	Gleichgeschlechtliche Ehen mit deutscher Beteiligung .....	86
cc)	Ergebnis .....	87
4.	Formlose Partnerschaften .....	87
B.	Fragen der Anknüpfung .....	88
I.	Anknüpfungspunkt des Art. 17b I EGBGB .....	88

II.	Bewertung und mögliche Alternativen .....	89
C.	Vorfragen .....	90
D.	Formfragen .....	92
E.	Rück- und Weiterverweisung .....	95
F.	Rechtswahl .....	96
<b>§ 8</b>	<b>Die Begründung der Lebenspartnerschaft – Art. 17b I 1, 1. Fall EGBGB</b>	
A.	Anknüpfung .....	97
B.	Anwendbares Recht .....	97
I.	Deutsches Sachrecht .....	98
1.	§ 1 II Nr. 1 LPartG .....	98
a)	Vorfragen .....	98
b)	Rechtsfolgen eines deutschen Lebenspartnerschaftsstatuts .....	99
2.	§ 1 II Nr. 2 und 3 LPartG .....	99
3.	§ 1 II Nr. 4 LPartG .....	99
a)	Scheinpartnerschaften .....	99
b)	Vergleich mit dem Eherecht .....	100
c)	Praxisorientierte Betrachtung .....	101
II.	Rechtsvergleichender Überblick .....	101
1.	Skandinavien .....	101
2.	Niederlande .....	103
3.	Belgien .....	103
4.	Frankreich .....	104
5.	Spanien .....	104
a)	Katalonien .....	104
b)	Aragón .....	105
6.	Unterschied zum deutschen Recht .....	105
III.	Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen Begründungsvoraussetzungen .....	107
<b>§ 9</b>	<b>Die allgemeinen Wirkungen der Lebenspartnerschaft – Art. 17b I 1, 2. Fall EGBGB</b>	
A.	Anknüpfung .....	109
B.	Begriffsbestimmung und Qualifikation .....	109
I.	Vergleich zum internationalen Eherecht .....	109
II.	Übertragung der Grundsätze des internationalen Eherechts .....	111
1.	Fürsorge, Unterstützung und Haftungsmaßstab .....	111
2.	Eigentumsvermutung und Schlüsselgewalt .....	112
3.	Sorgerechtliche Befugnisse .....	113
4.	Rechtsfolgen des Getrenntlebens .....	113
a)	Art. 17a EGBGB .....	114
b)	Ehewohnung oder Hausrat im Ausland .....	114
5.	Funktionale Qualifikation .....	116
6.	Unterhalts-, Namens-, Erbrecht .....	117
C.	Rechtswahlmöglichkeiten .....	117
I.	Rechtswahlmöglichkeiten im internationalen Eherecht .....	117

1.	Allgemeines .....	117
2.	Wahlmöglichkeiten des Art. 14 EGBGB .....	118
II.	Rechtswahl eines Lebenspartnerschaftswirkungsstatuts .....	119
III.	Vorschlag einer Rechtswahlmöglichkeit für Lebenspartner.....	120
1.	Wahl des Rechts des gemeinsamen gewöhnlichen Aufenthalts.....	120
2.	Abwägung der Vor- und Nachteile .....	120
3.	Praktischer Nutzen .....	121
4.	Fazit .....	122

## **§ 10 Die güterrechtlichen Wirkungen einer Lebenspartnerschaft** **– Art. 17b I 1, 3. Fall EGBGB**

A.	Anknüpfung.....	124
B.	Qualifikation .....	124
I.	Grundlagen .....	124
II.	Wichtige Regelungsbereiche des Güterstatuts .....	125
1.	Entstehung und Bestehen einzelner Güterstände.....	126
2.	Gütermassen.....	126
3.	Nutzungs- und Verwaltungsbefugnisse.....	126
4.	Vermögensauseinandersetzung aus Anlaß der Aufhebung .....	128
a)	Auflösung, vorzeitige Aufhebung, Klagerechte .....	128
b)	Folgen der Aufhebung eines Güterstandes.....	128
c)	Vermögensauseinandersetzung.....	129
5.	Lebenspartnerschaftsvertragliche Regelungen .....	129
6.	Abgrenzung von Güterrecht und Erbrecht .....	131
a)	Praktische Bedeutung .....	131
b)	Faustregel zur Abgrenzung.....	131
c)	§ 6 II 4 LPartG i.V.m. § 1371 BGB.....	132
aa)	Streitstand.....	132
bb)	Stellungnahme .....	132
C.	Rechtswahl .....	133
I.	Möglichkeiten für Lebenspartner .....	133
II.	Vorschlag einer Rechtswahlmöglichkeit .....	134
1.	Vergleich zum internationalen Eherecht .....	134
2.	Fazit .....	135
D.	Einheit des Güterstatuts .....	135
I.	Einzelstatut bricht Gesamtstatut: Art. 3 III EGBGB.....	136
II.	Durchbrechung des Lebenspartnerschaftsgüterstatuts gemäß Art. 3 III EGBGB ? .....	137
1.	Ausgangssituation .....	137
2.	Auswirkungen des Art. 3 III EGBGB .....	137
a)	„Besondere Vorschriften“ i.S.d. Art. 3 III EGBGB.....	138
b)	Anwendbarkeit des Art. 3 III EGBGB .....	139
aa)	Sinn und Zweck des Art. 3 III EGBGB.....	140
bb)	Tatsächliche Auswirkung in der Praxis.....	140
cc)	Situation „de lege lata“ .....	141
dd)	Historische Auslegung .....	141
ee)	Kollisionsrechtliche Kontrolle .....	141
ff)	Fazit .....	142

c)	Art. 3 III EGBGB und Berechnung des Zugewinns .....	142
E.	Auswirkungen der Sperrklausel des Art. 17b IV EGBGB .....	145
I.	Ausgangssituation .....	146
1.	Niederländischer gesetzlicher Güterstand .....	147
2.	Deutsche Wahlgüterstände.....	147
II.	Problematik des Vergleichsmaßstabs .....	147
1.	Vorschläge aus der Literatur.....	148
a)	Güterstand der Vermögenstrennung.....	148
b)	Vermögensstand der Ausgleichsgemeinschaft .....	149
c)	Eigener Vorschlag .....	149
aa)	Vermögensgemeinschaft analog § 1415 ff. BGB.....	150
bb)	Vorrang der Ausgleichsgemeinschaft als Standardgüterstand .....	151
cc)	Unzulässige Verkürzung des Anwendungsbereichs der Sperrklausel .....	152
dd)	Ergebnis.....	153
2.	Lösung ohne Rückgriff auf einen Vergleichsmaßstab .....	154
a)	Vorschlag Henrichs .....	154
b)	Argumente.....	154
c)	Stellungnahme.....	155
III.	Konsequenz einer Anwendung der Sperrklausel.....	156
1.	Versuch der Ergebniskorrektur .....	156
a)	Vorschlag .....	156
b)	Stellungnahme.....	157
2.	Ergebnis .....	157
IV.	Ergebnis .....	157
F.	Schutz vor den Wirkungen der Sperrklausel in der Praxis.....	158
I.	Neuerliche Registrierung gemäß Art. 17 III EGBGB in Deutschland .....	158
1.	Vereinbarung eines Vermögensstandes nach dem LPartG .....	158
2.	Gefahr der Vereinbarung einer Gütergemeinschaft analog §§ 1415 ff. BGB.....	158
II.	Lebenspartnerschaftsvertrag vor einem deutschen Notar bei ausländischem Begründungsstatut .....	159
III.	Kollisionsrechtliche Rechtswahlmöglichkeit im ausländischen IPR .....	159
IV.	Fazit .....	160
G.	Rechtsvergleichender Überblick .....	160
I.	Deutsches Sachrecht.....	160
II.	Ausländisches Sachrecht .....	162
1.	Skandinavische Staaten .....	162
a)	Dänemark .....	162
b)	Norwegen .....	162
c)	Island.....	163
d)	Schweden .....	163
e)	Finnland .....	164
f)	Gemeinsamkeiten .....	164
2.	Belgien .....	164
3.	Frankreich .....	165
4.	Niederlande .....	166
5.	Spanien.....	167

## § 11 Die Auflösung der Lebenspartnerschaft – Art. 17b I 1, 4. Fall EGBGB

A.	Anknüpfung.....	168
B.	Vergleich mit Art. 17 EGBGB.....	168
C.	Konsequenz der Sachnormverweisung.....	169
I.	In Deutschland begründete Lebenspartnerschaften.....	169
1.	§ 15 I LPartG.....	169
2.	Beispiel.....	170
a)	Geltung deutschen Sachrechts.....	170
aa)	Rechtliche Voraussetzungen einer Aufhebung gemäß § 15 II – IV LPartG.....	170
bb)	Zwischenergebnis.....	172
b)	Aufhebung nach ausländischem Sachrecht.....	172
c)	Ergebnis.....	172
3.	Internationales Zivilverfahrensrecht.....	172
a)	Anerkennung ausländischer Entscheidungen.....	172
aa)	Recht der Europäischen Gemeinschaft.....	173
aaa)	EuEheVO.....	173
bbb)	Brüssel I-VO.....	173
ccc)	Die eingetragene Lebenspartnerschaft im Europarecht.....	174
bb)	Vorrangige Abkommen.....	176
cc)	§ 16a FGG.....	176
dd)	Art. 7 § 1 FamRÄndG.....	176
aaa)	Konsequenz des Fehlens einer vergleichbaren Regelung für Lebenspartnerschaften.....	177
bbb)	Lösungsvorschläge.....	177
ee)	§ 328 ZPO.....	178
aaa)	Voraussetzungen des § 328 I ZPO.....	178
bbb)	Modifizierung des § 328 I ZPO durch § 328 II, 661 III i.V.m. § 606a ZPO.....	179
(1)	§ 661 II ZPO.....	179
(2)	§ 328 II ZPO.....	180
(3)	Zwischenergebnis.....	180
ccc)	Anerkennung einer Privatscheidung bei in Deutschland begründeter Lebenspartnerschaft.....	180
(1)	Anerkennungsmaßstab.....	180
(2)	Zwischenergebnis.....	181
ff)	Ergebnis.....	182
aaa)	Auswirkungen in der Praxis.....	182
bbb)	Kritik.....	182
gg)	Beispiel einer anerkennungsfähigen Aufhebung im Ausland.....	182
b)	Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte.....	183
aa)	Allgemeines.....	183
bb)	§ 661 III i.V.m. § 606a ZPO.....	184
II.	Aufhebung im Ausland begründeter Lebenspartnerschaften.....	185
1.	Geltung ausländischen Sachrechts.....	185
2.	Beteiligung deutscher Gerichte bei einer Privataufhebung.....	186
a)	Vergleich mit Art. 17 EGBGB.....	186
b)	1. Ansicht.....	186

c)	Eigene Ansicht .....	186
aa)	Funktionelle Unzuständigkeit deutscher Behörden.....	187
aaa)	Vergleich mit Rechtslage vor Einführung des Art. 17 II EGBGB .....	188
(1)	Vergleichbarkeit von § 15 I LPartG und § 1564 S. 1 BGB ..	188
(2)	Aufhebungsmonopol deutscher Gerichte .....	189
bbb)	Zuständigkeitsmonopol deutscher Gerichte .....	189
(1)	Feststellungsklage.....	189
(2)	Praxisorientierte Bedenken .....	190
(3)	Erfordernis einer Gestaltungsklage .....	192
ccc)	Zwischenergebnis.....	193
bb)	Standesamtliche und notarielle Praxis.....	193
cc)	Anerkennungsschwierigkeiten im Ausland .....	194
dd)	Bedürfnis nach Rechtssicherheit .....	194
d)	Ergebnis .....	195
D.	Rechtsvergleichender Überblick .....	195
I.	Dänemark.....	196
II.	Norwegen.....	196
III.	Schweden.....	196
IV.	Belgien.....	197
V.	Frankreich.....	197
VI.	Niederlande.....	199
VII.	Spanien.....	199
<b>§ 12 Die unterhaltsrechtlichen Folgen einer Lebenspartnerschaft</b>		
– Art. 17b I 2 EGBGB .....		200
A.	Anknüpfung.....	200
I.	Verweis auf die allgemeinen Vorschriften.....	200
1.	Vorrang des HUÜ gegenüber Art. 18 EGBGB.....	201
2.	Anwendungsbereich des HUÜ .....	202
a)	Differenzierung nach Anspruchsberechtigten .....	202
b)	Persönlicher Anwendungsbereich bei Ansprüchen zwischen eingetragenen Lebenspartnern .....	203
c)	Ergebnis .....	207
3.	Anwendung von Art. 18 EGBGB.....	207
a)	Anwendbares Recht nach dem HUÜ.....	208
aa)	Funktion der Hilfsanknüpfung des Art. 17b I 2, 2. HS 1. Fall EGBGB .....	208
bb)	Intention des Gesetzgebers.....	209
b)	Anwendbares Recht nach Art. 18 EGBGB.....	209
aa)	Anwendbares Recht unter Berücksichtigung der Intention des Gesetzgebers.....	210
bb)	Analoge Anwendung des Art. 18 IV EGBGB .....	211
cc)	Fazit.....	212
4.	Ergebnis .....	212
II.	Sachnormverweisung .....	212
B.	Qualifikation.....	213
C.	Anknüpfung von Vorfragen .....	215

D.	Einzelprobleme.....	216
I.	Anwendbarkeit von Art. 8 HUÜ.....	216
1.	Entsprechende Anwendbarkeit .....	217
2.	Stellungnahme .....	217
II.	Anwendbarkeit von Art. 18 V EGBGB .....	218
III.	Problematik eines „Normenmix“ bei Anwendung der Hilfsanknüpfung gemäß Art. 17b I 2, 2. HS 1. Fall EGBGB .....	220
E.	Rechtsvergleichender Überblick .....	221
I.	Deutsches Sachrecht .....	221
1.	Unterhaltsansprüche bei bestehender Lebenspartnerschaft .....	221
2.	Unterhaltsansprüche bei Getrenntleben .....	222
3.	Nachpartnerschaftlicher Unterhalt.....	223
4.	Vertragliche Regelung unterhaltsrechtlicher Ansprüche .....	224
II.	Ausländisches Sachrecht.....	224
1.	Skandinavien .....	224
2.	Belgien.....	225
3.	Frankreich .....	225
4.	Niederlande .....	225
5.	Spanien .....	225

**§ 13 Die erbrechtlichen Folgen einer Lebenspartnerschaft – Art. 17b I 2 EGBGB**

A.	Anknüpfung.....	227
I.	Staatsverträge.....	227
II.	Art. 25 I EGBGB .....	229
III.	Art. 25 II EGBGB .....	229
IV.	Grundsatz der Nachläßeinheit .....	229
V.	Hilfsanknüpfung gemäß Art. 17b I 2, 2. HS 2. Fall EGBGB .....	230
B.	Qualifikation .....	231
I.	Allgemeines .....	231
II.	Anwendungsbereich des Art. 25 EGBGB.....	231
C.	Vorfragen .....	232
I.	Grundsatzanknüpfung .....	232
II.	Unselbständige oder selbständige Anknüpfung .....	233
1.	Wirksame Ehe neben wirksamer Lebenspartnerschaft .....	233
a)	Vorfragenanknüpfung bezüglich des Bestehens der Ehe.....	233
b)	Vorfragenanknüpfung bezüglich des Bestehens der Lebenspartnerschaft .....	234
c)	Problem .....	235
2.	Lösungsvorschlag.....	236
a)	Vergleich zum Eherecht .....	236
b)	Übertragbarkeit der Erkenntnisse .....	237
3.	Fazit .....	237
4.	Abhängigkeit des Ergebnisses von der Anknüpfungsmethode .....	238
a)	Streitstand .....	239
b)	Stellungnahme.....	239
D.	Anwendungsprobleme .....	240

I.	Im Inland eingetragene Lebenspartnerschaften bei Maßgeblichkeit deutschen und ausländischen Erbstatuts .....	240
1.	Unproblematisches Beispiel .....	240
2.	Unproblematisches Beispiel .....	241
3.	Probleme bei Fällen mit Nachlaßspaltung .....	241
a)	Hilfsanknüpfung gemäß Art. 17b I 2, 2. HS EGBGB .....	242
b)	Anerkennungsschwierigkeiten .....	242
aa)	Anpassung im Hinblick auf Anerkennungsprobleme .....	243
bb)	Fazit .....	243
4.	Vermeidbarkeit eines „Normenmix“ .....	244
5.	Gesetzliches Vermächtnis als gesetzliches Erbrecht im Sinne des Art. 17b I 2 EGBGB .....	246
6.	Gesetzliches Erbrecht, aber kein Pflichtteilsrecht .....	247
II.	Im Ausland registrierte Lebenspartnerschaften bei Maßgeblichkeit deutschen und ausländischen Erbstatuts .....	248
1.	Substitutionsprobleme – veranschaulicht am Beispiel eines PACS .....	248
a)	Voraussetzungen der Substitution .....	249
aa)	Offener Systembegriff .....	249
bb)	Funktionelle Gleichwertigkeit .....	249
aaa)	Gleichwertigkeit eines PACS zwischen gleichgeschlechtlichen Paaren und einer Lebenspartnerschaft .....	250
bbb)	Fazit .....	252
cc)	Zweifelsregelung .....	252
b)	Ergebnis .....	253
2.	Offene Streitfrage .....	253
E.	Auswirkungen der Sperrklausel des Art. 17b IV EGBGB .....	253
F.	Rechtsvergleichender Überblick .....	255
I.	Deutsches Sachrecht .....	255
1.	Gesetzliches Erbrecht .....	255
2.	Voraus .....	255
3.	Ausschluß des gesetzlichen Erbrechts und des Voraus .....	256
4.	Gemeinschaftliches Testament .....	256
5.	Erbvertrag .....	256
6.	Entsprechende Anwendung von § 2077 I, III BGB .....	256
7.	Pflichtteilsrecht .....	256
8.	Erbverzicht .....	257
9.	Erbschafts- und Steuerrecht .....	257
II.	Ausländisches Sachrecht .....	257
1.	Skandinavien .....	257
2.	Belgien und Frankreich .....	258
3.	Niederlande .....	258
4.	Spanien .....	258
a)	Aragón .....	259
b)	Katalonien .....	259

## § 14 Lebenspartnerschaftsnamensstatut und Art. 17b II 1, 1. Fall EGBGB

A.	Grundsätze .....	260
----	------------------	-----

B.	Die Grundregel des Art. 10 I EGBGB.....	261
I.	Anknüpfung .....	261
II.	Vorfragen.....	262
III.	Rück- und Weiterverweisung.....	263
IV.	Statutenwechsel .....	263
V.	Namensführung in der Praxis.....	264
C.	Rechtswahlmöglichkeiten.....	264
I.	Allgemeines.....	264
II.	Rechtswahlmöglichkeiten des Art. 10 II EGBGB.....	265
III.	Eingrenzung der Rechtswahlfolgen.....	266
IV.	Formelle Anforderungen des Art. 10 II EGBGB .....	266
1.	Nachträgliche Rechtswahl .....	267
2.	Abgabe der Rechtswahlerklärung im Ausland .....	267
3.	Ausschluß des Art. 11 EGBGB.....	268
V.	Rück- und Weiterverweisung.....	268
VI.	Partnerschaftsname im Sinne des § 3 LPartG.....	268
D.	Namensrechtliche Folgen bei Aufhebung oder Tod .....	270
E.	Auswirkungen der Wahl des Lebenspartnerschaftsnamens auf den Kindesnamen.....	272
<b>§ 15 Lebenspartnerschaftswohnung und Hausrat – Art. 17b II 1, 2. Fall EGBGB</b>		
A.	Anknüpfung.....	276
B.	Vorfragen .....	279
C.	Deutsches Sachrecht.....	279
I.	Rechtliche Lage bei Getrenntleben der Lebenspartner.....	279
1.	Definition „Getrenntleben“.....	279
2.	§ 13 LPartG.....	279
3.	§ 14 LPartG.....	280
II.	Rechtliche Lage nach Aufhebung der Lebenspartnerschaft .....	280
1.	§ 17 LPartG.....	280
2.	§ 18 LPartG.....	281
3.	§ 19 LPartG.....	281
4.	Gemeinsame Tatbestandsvoraussetzungen.....	281
<b>§ 16 Schutz des inländischen Rechtsverkehrs bei Anwendung ausländischen Rechts – Art. 17b II 2 EGBGB</b>		
A.	Tatbestand .....	282
B.	Sinn und Zweck.....	282
C.	Tatbestandsvoraussetzungen des Art. 17b II 2 EGBGB .....	283
I.	Hinreichender Inlandsbezug.....	283
1.	Im Rahmen von § 8 I LPartG.....	283
2.	Im Rahmen von § 8 II LPartG i.V.m. § 1357 BGB .....	284
a)	Streitstand .....	284
b)	Stellungnahme.....	284

II.	Günstigkeitsprinzip .....	285
III.	Gutgläubigkeit .....	285
IV.	Art. 17b IV EGBGB als Ersatz für Art. 16 I EGBGB .....	286

## **§ 17 Mehrfachregistrierungen in verschiedenen Staaten – Art. 17b III EGBGB**

A.	Anknüpfung .....	288
I.	Gesetzestechnischer Mangel .....	288
II.	Richtiger Anknüpfungspunkt .....	288
III.	Indirekte Rechtswahlmöglichkeit .....	288
B.	Sinn und Zweck .....	289
C.	Regelungsgegenstand des Art. 17b III EGBGB .....	289
D.	Zulässigkeit von Mehrfachregistrierungen mit demselben Partner .....	290
I.	Deutsches Sachrecht .....	290
II.	Ausländisches Sachrecht .....	291
III.	Konsequenz für Art. 17b III EGBGB .....	293
IV.	Ergebnis .....	293
E.	„Ersetzungsbefugnis“ der zuletzt begründeten Lebenspartnerschaft .....	294
I.	Problematik .....	294
II.	Fazit .....	295

## **§ 18 Die Sperrklausel des Art. 17b IV EGBGB**

A.	Tatbestand .....	296
I.	Tatbestandliche Reichweite .....	297
1.	Wirkungen und Folgen im Sinne des Art. 17b I EGBGB .....	297
a)	Ansicht in der Literatur .....	297
b)	Eigene Ansicht .....	297
aa)	Wortlaut .....	298
bb)	Unterschiedliche Anknüpfungspunkte .....	298
cc)	Restriktive Interpretation .....	300
dd)	Fazit .....	301
2.	Erstreckung auf Wirkungen des BGB und LPartG .....	301
a)	Restriktive Auslegung .....	301
b)	Hauptanwendungsbereich .....	301
II.	Fazit .....	303
B.	Konkurrenzverhältnis zu anderen Vorbehaltsklauseln? .....	303
C.	Einschränkung des Anwendungsbereichs .....	304
I.	Staatsverträge .....	304
II.	Art. 3 III EGBGB .....	305
D.	Hinreichender Inlandsbezug als ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal .....	306
I.	Problematik .....	306
II.	Vergleich mit anderen Vorbehaltsklauseln .....	306
III.	Widerspruch zu Art. 17b II 2 EGBGB .....	307
IV.	Rechtsentwicklung im Inland und in der EU .....	308

V.	Fazit.....	309
E.	Sinn und Zweck der Sperrklausel.....	310
F.	Fazit .....	311
G.	Exkurs: Analoge Anwendung des Art. 17b EGBGB .....	312
<b>§ 19 Kindschaftsrechtliche Folgen</b>		
A.	Allgemeines.....	314
B.	Art. 19 EGBGB .....	314
C.	Art. 20 und 21 EGBGB.....	315
D.	Adoptionsrecht – Art. 22 EGBGB .....	316
I.	Allgemeines .....	316
1.	Gemeinschaftliche Adoption .....	316
a)	Art. 22 S. 1 EGBGB.....	316
b)	Spezieller und allgemeiner „ordre public“ .....	317
2.	Stiefkindadoption .....	320
3.	Namensrecht.....	320
II.	Analoge Anwendung des Art. 22 S. 2 EGBGB.....	321
III.	Rechtsvergleichender Überblick.....	322
1.	Niederlande .....	322
2.	Schweden .....	322
3.	Dänemark und Island.....	323
E.	Art. 23 EGBGB .....	323
F.	Auswirkungen des Art. 17b IV EGBGB .....	324
<b>§ 20 Übergangsregelung .....</b>		<b>325</b>
<b>Teil 3 – Schluß und Zusammenfassung</b>		
<b>§ 21 Fazit .....</b>		<b>331</b>
A.	Bewertung des Art. 17b EGBGB .....	331
B.	Bedeutung und Auswirkungen .....	332
I.	Heterosexuelle registrierte Lebenspartnerschaften .....	332
1.	Familienrechtliche Qualifikation .....	332
2.	Schwächung der Rechtsposition .....	333
3.	Fazit .....	334
II.	Nichtregistrierte Lebensgemeinschaften.....	334
1.	Qualifikation und Anknüpfung .....	335
2.	Fazit .....	335
<b>§ 22 Zusammenfassung</b>		
Literaturverzeichnis.....		345
Register.....		353



## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
AdWirkG	Gesetz über Wirkungen der Annahme als Kind nach ausländischem Recht
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
aaO	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für civilistische Praxis
AJP	Aktuelle Juristische Praxis
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Anm.	Anmerkung
APR	Allgemeines Persönlichkeitsrecht
Art.	Artikel
AuslG	Ausländergesetz
BayObLG	Bayrisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayrischen Obersten Landesgerichtes in Zivilsachen
BFHE	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch (Deutschland)
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BT-Drucks.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfG.de	BVerfG, 1 BvF 1/01 vom 17.7.2002, Absatz Nr. 45, <a href="http://www.bverfg.de/">http://www.bverfg.de/</a>
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BW	Burgerlijk Wetboek (Niederlande)
BWNotZ	Zeitschrift für das Notariat in Baden Württemberg
bzgl.	bezüglich
CC	Code civil, Codice civile, Código civil
CE	Constitucion Española
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe

DEuFamR	Deutsches und Europäisches Familienrecht
dies.	dieselbe
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EheG	Ehegesetz
EheSchIRG	Gesetz zur Neuordnung des Eheschließungsrechts vom 4.5.1998
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
epd-dokumentation	Evangelischer Pressedienst - Dokumentation
ErbStG	Erbschaftssteuer und Schenkungssteuergesetz
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVÜ	Europäisches Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27.9.1968
EuGVVO	(Europäische) Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in zivil und Handelssachen
f., ff.	folgend(e)
FamRÄndG	Familienrechtsänderungsgesetz
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FF	Forum für Familien- und Erbrecht
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
Fn.	Fußnote
FPR	Familie, Partnerschaft, Recht
FuR	Familie und Recht
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GVÜ	Europäisches Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27.9.1968
h.M.	herrschende Meinung
H.S.	Halbsatz
HausratVO	Verordnung über die Behandlung der Ehwohnung und des Hausrats (6. DVO zum Ehegesetz)
Hdb.	Handbuch

Hrsg.	Herausgeber
HUÜ	Haager Unterhaltsübereinkommen vom 2.10.1973 über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht
i.V.m.	in Verbindung mit
ICLQ	International & Comparative Law Quarterly
IGH	Internationaler Gerichtshof
insbes.	insbesondere
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	Gesetz zur Neuregelung des Internationalen Privatrechts vom 25.7.1986
IPRspr.	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des internationalen Privatrechts
IZPR	Internationales Zivilprozeßrecht
JCP N	La Semaine Juridique Notariale et Immobilière
J. Trib.	Journal des Tribunaux
J.Trib.Dr.Eur.	Journal des Tribunaux, Droit Europeen
JR	Juristische Rundschau
Jura	Jura, Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KG	Kammergericht
LG	Landgericht
LPartDisBG	Gesetz zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften: Lebenspartnerschaften
LPartG	Lebenspartnerschaftsgesetz
LPartGErg	Lebenspartnerschaftsgesetzergänzungsgesetz
LPartGERgG	Gesetz zur Ergänzung des Lebenspartnerschaftsgesetzes und anderer Gesetze
m.E.	meines Erachtens
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MIP	Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins
MittRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer
MSA	Übereinkommen über die Zuständigkeit und das anzuwendende Recht auf dem Gebiet des Schutzes von Minderjährigen (Haager Minderjährigen Schutzabkommen) vom 5.10.1961 (BGBl. 1971 II, S. 217)
MüKo	Münchener Kommentar
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW – RR	NJW-Rechtsprechungs-Report

Nr.	Nummer
OLG	Oberlandesgericht
RabelsZ	Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht, begründet von Ernst Rabel
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische Notar Zeitschrift
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Satz
	Seite
StAZ	Das Standesamt, Zeitschrift für Standesamtswesen
Str.	strittig
StRspr.	Ständige Rechtsprechung
SZIER	Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht
u.	und
u.a.	unter anderem
v.	versus
vgl.	vergleiche
Vorbem.	Vorbemerkung
WM	Wertpapier – Mitteilungen
Yb.P.I.L	Yearbook of Private International Law
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZPO	Zivilprozeßordnung
zust.	zustimmend

Teil 1  
Grundlagen



# § 1 Ausgangslage

## A. Gesetzesgeschichte

In den letzten Jahren kam die Gesetzgebung in vielen Staaten nicht mehr umhin, sich mit der Problematik der nichtehelichen Lebensgemeinschaft zu beschäftigen. Immer mehr europäische Gesetzgeber entschieden sich dafür, neben der Ehe weitere Rechtsformen des Zusammenlebens zu schaffen. Der europäische Trend zur Verrechtlichung<sup>1</sup> und Formalisierung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft hat auch vor Deutschland nicht Halt gemacht. Der Gesetzgeber ist nach schwierigen politischen Verhandlungen und einer breiten gesellschaftlichen Diskussion tätig geworden und hat das „Gesetz zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften: Lebenspartnerschaften (LPartDisBG)“<sup>2</sup> verabschiedet. Im Laufe der parlamentarischen Auseinandersetzung ist das ursprünglich einheitliche Gesetzesvorhaben<sup>3</sup> in zwei Gesetze aufgespalten worden, wobei diejenigen Bestimmungen, die nach Auffassung der Bundestagsmehrheit der Zustimmung des Bundesrates bedurften, in einem Lebenspartnerschaftsgesetzergänzungsgesetz (LPartGErgG)<sup>4</sup> zusammengefaßt worden sind. Das LPartDisBG, das die Kernregelungen der Reform enthielt, bedurfte dagegen nicht der Zustimmung.

Dieser zweigeteilte Entwurf wurde von angehörnden Ausschußmitgliedern der Regierungskoalition in den federführenden Rechtsausschuß des Bundestages eingebracht und als „Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses“ vom 8.11.2000<sup>5</sup> nach Auszug der CDU/CSU angehörnden Ausschußmitglieder beschlossen und dem Plenum zugeleitet, nachdem der Rechtsausschuß schon zuvor eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchgeführt hatte. Die Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses enthielt nicht nur die beschriebene Zweiteilung, sondern auch einige wenige sachliche Änderungen in Einzelfragen, die teilweise auf die Sachverständigenanhörung zurückgingen, teilweise Folge der Zweiteilung waren. Am 10.11.2000 stimmte das Plenum des Bundestages beiden Entwürfen

---

<sup>1</sup> Hausmann, FS, S. 241.

<sup>2</sup> BGBl. 2001 I 266 ff.

<sup>3</sup> BT-Drucks. 14/1259.

<sup>4</sup> BT-Drucks. 14/4545.

<sup>5</sup> BT-Drucks. 14/4545.

zu<sup>6</sup>. Der Bundesrat billigte in seiner 757. Sitzung vom 1.12.2000 den ersten Entwurf, also das LPartDisBG. Anträge auf Anrufung des Vermittlungsausschusses fanden nicht die erforderliche Mehrheit. Das LPartDisBG wurde am 16.2.2001 ausgefertigt und verkündet. Gemäß Art. 5 LPartDisBG trat das Gesetz am ersten Tage des sechsten auf die Verkündung folgenden Monats in Kraft, mithin am 1.8.2001. Es war jedoch längere Zeit fraglich, ob das Gesetz wirklich in Kraft treten sollte. Die unionsregierten Bundesländer Bayern, Sachsen und Thüringen hielten das Gesetz für unvereinbar mit dem verfassungsrechtlich garantierten Schutz von Ehe und Familie. Die bayerische und sächsische Staatsregierung stellten am 11.7.2001 einen Eilantrag gemäß Art. 32 BVerfG, der das Inkrafttreten verhindern sollte<sup>7</sup>. Das Bundesverfassungsgericht entschied am 18.7.2001, daß die Eilanträge zulässig, aber unbegründet sind<sup>8</sup>. Das LPartDisBG konnte folglich am 1.8.2001 in Kraft treten.

Am 17.7.2002 traf dann der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts seine endgültige Entscheidung. Das Gericht hielt die Anträge der sächsischen und bayerischen Staatsregierung für unbegründet<sup>9</sup>. In einem ausführlichen Urteil stellte der Senat fest, daß das LPartDisBG verfassungsmäßig ist<sup>10</sup>.

Dem zweiten Entwurf, dem LPartGErgG, versagte der Bundesrat am 1.12.2000 seine Zustimmung<sup>11</sup>. Hier kam es zwar auf Antrag des Bundestages zu einem Vermittlungsverfahren, doch blieb die Sitzung des Vermittlungsausschusses am 7.2.2001 ohne Erfolg<sup>12</sup>.

## B. Gesetzliche Neuerungen

### I. Überblick

Das LPartDisBG enthält – neben dem zentralen, 19 Paragraphen umfassenden LPartG – Änderungen diverser Vorschriften des ersten, zweiten, vierten und fünften Buches des BGB sowie zahlreiche Änderungen anderer

---

<sup>6</sup> BT-Plenarprotokoll 14/131, S. 12606 D – 12630 C.

<sup>7</sup> FAZ v. 12.07.2001, S. 4.

<sup>8</sup> BVerfG, 1 BvQ 23/01 vom 18.7.2001, Absatz Nr. 13, <http://www.bverfg.de/>; ausführlich zu der Entscheidung des BVerfG siehe unten S. 8 ff.

<sup>9</sup> BVerfG, 1 BvF 1/01 vom 17.7.2002, Absatz Nr. 45, <http://www.BVerfG.de/>. = BVerfG NJW 2002, 2543 ff.

<sup>10</sup> Ausführliche Besprechung des Urteils siehe unten S. 12 ff.

<sup>11</sup> BR-Prot. 757, S. 551 (D); Pressemitteilung des Bundesrates 198/2000 vom 1.12.2000.

<sup>12</sup> Pressemitteilungen des Bundesrates 6/2001 vom 7.2.2001: Die Beratungen des Vermittlungsausschusses wurden vertagt und es wurde eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt.

Bundesgesetze vom Strafprozeßrecht über das Zivilprozeß- und Vollstreckungsrecht und das Personenstandsrecht bis hin zum Beamten-, Sozialhilfe-, Ausländer- und Steuerrecht. Nahezu alle Rechtsbereiche des privaten und öffentlichen Rechts, die sich in irgendeiner Weise mit der Ehe befassen, wurden Gegenstand von Verweisungen, mehr oder weniger modifizierenden Parallelregelungen und Ergänzungen. Etwa 100 Gesetze und Verordnungen des Bundes waren tangiert<sup>13</sup>.

## II. Art. 17b EGBGB

Von besonderem Interesse für diese Arbeit ist Art. 3 § 25 LPartDisBG, denn dieser beinhaltet eine Neuerung für das internationale Privatrecht. Gemäß Art. 3 § 25 LPartDisBG wurde auch eine Änderung des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch vorgenommen. In das EGBGB wurde Art. 17b neu eingefügt.

Ursprünglich war das Kollisionsrecht der eingetragenen Lebenspartnerschaft in Art. 17a EGBGB geregelt. Kurze Zeit nach dem Inkrafttreten des LPartDisBG wurde der bisherige Art. 17a EGBGB jedoch durch eine andere Kollisionsnorm mit der Überschrift „Ehewohnung und Hausrat“ verschoben<sup>14</sup>. Diese Änderung ist durch das Gesetz zur Verbesserung des zivilrechtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehewohnung bei Trennung entstanden, das am 1.1.2002 in Kraft getreten ist<sup>15</sup>. Durch Art. 10 dieses Gesetzes wird der bisherige Art. 17a EGBGB in Art. 17b EGBGB geändert und ein neuer Art. 17a EGBGB eingeführt<sup>16</sup>.

Durch Art. 17b EGBGB erteilt das geschriebene deutsche IPR Auskunft darüber, welches Recht auf eine eingetragene Lebenspartnerschaft anzuwenden ist. Bis zur Einführung von Art. 17b EGBGB enthielt das deutsche internationale Privatrecht keine gesetzliche Kollisionsnorm, die Sachverhalte mit Bezug zu eingetragenen Partnerschaften regelte. Dies beruhte nicht auf einem Versäumnis des Gesetzgebers, sondern war vielmehr logische Folge des Fehlens von sachrechtlichen Vorschriften zu dieser Partnerschaftsform<sup>17</sup>. Durch die Einführung des LPartG wurde folglich auch der Weg für den Erlaß einer entsprechenden Kollisionsnorm frei.

<sup>13</sup> *Muscheler*, Rn. 9.

<sup>14</sup> BGBl. I 2001, 3513, 3517: Art. 17a n.F. EGBGB geht auf das Gesetz zur Verbesserung des zivilgerichtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehewohnung bei Trennung vom 11.12.2001 zurück.

<sup>15</sup> BGBl. I 2001, 3513.

<sup>16</sup> Art. 17a EGBGB n.F.: „Die Nutzungsbefugnis für die im Inland belegene Ehewohnung und den im Inland befindlichen Hausrat sowie damit zusammenhängende Betretungs-, Nährungs- und Kontaktverbote unterliegen den deutschen Sachvorschriften.“

<sup>17</sup> *Wagner*, IPRax 2001, 288.

Die neue kollisionsrechtliche Regelung lautet wie folgt<sup>18</sup>:

„Art. 17b.

Eingetragene Lebenspartnerschaft.

(1) Die Begründung, die allgemeinen und die güterrechtlichen Wirkungen sowie die Auflösung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft unterliegen den Sachvorschriften des Register führenden Staates. Auf die unterhaltsrechtlichen und die erbrechtlichen Folgen der Lebenspartnerschaft ist das nach den allgemeinen Vorschriften maßgebende Recht anzuwenden; begründet die Lebenspartnerschaft danach keine gesetzliche Unterhaltsberechtigung oder kein gesetzliches Erbrecht, so findet Satz 1 entsprechende Anwendung.

(2) Artikel 10 Abs. 2 und Art. 17a<sup>19</sup> gelten entsprechend. Unterliegen die allgemeinen Wirkungen der Lebenspartnerschaft dem Recht eines anderen Staates, so ist auf im Inland befindliche bewegliche Sachen § 8 Abs. 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes und auf im Inland vorgenommene Rechtsgeschäfte § 8 Abs. 2 des Lebenspartnerschaftsgesetzes in Verbindung mit § 1357 des Bürgerlichen Gesetzbuchs anzuwenden, soweit diese Vorschriften für gutgläubige Dritte günstiger sind als das fremde Recht.

(3) Bestehen zwischen denselben Personen eingetragene Lebenspartnerschaften in verschiedenen Staaten, so ist die zuletzt begründete Lebenspartnerschaft vom Zeitpunkt ihrer Begründung an für die in Absatz 1 umschriebenen Wirkungen und Folgen maßgebend.

(4) Die Wirkungen einer im Ausland eingetragenen Lebenspartnerschaft gehen nicht weiter als nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Lebenspartnerschaftsgesetzes vorgesehen.“

### C. Gang der Untersuchung

Vor dem Hintergrund, daß das Bundesverfassungsgericht das LPart-DisBG für verfassungsgemäß erklärt hat, ist eine Analyse des Art. 17b EGBGB von großer Bedeutung, denn diese Norm regelt einen völlig neuen familienrechtlichen Bereich des deutschen internationalen Privatrechts. Sie wird Ausgangspunkt und Grundlage jeglicher kollisionsrechtlicher Fragen im Zusammenhang mit eingetragenen Lebenspartnerschaften sein.

Herauszufinden, ob die Norm alle Fragen und Probleme, die sich in diesem Zusammenhang stellen, einer sachgerechten Lösung zuführt, ist der Schwerpunkt dieser Arbeit. Das Ziel der Abhandlung ist es – neben der Feststellung

<sup>18</sup> BGBl. 2001 I 266, 279.

<sup>19</sup> Der Verweis auf Art. 17a EGBGB wurde nachträglich durch das Gesetz zur Verbesserung des zivilgerichtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehewohnung bei Trennung eingefügt.

der allgemeinen Bedeutung des Art. 17b EGBGB –, herauszuarbeiten, wie die Brauchbarkeit als Kollisionsnorm des internationalen Privatrechts zu bewerten ist, welche Anwendungsprobleme entstehen und welche Verbesserungsvorschläge dem Gesetzgeber gegebenenfalls zu empfehlen sind.

In Teil I der Untersuchung wird zunächst der Schwerpunkt auf der verfassungsrechtlichen Problematik liegen, die sich aufgrund sehr unterschiedlicher Ansichten in bezug auf die Verfassungsmäßigkeit des LPartDisBG stellt.

Des weiteren wird eine kurze Bestandsaufnahme bezüglich des deutschen und ausländischen autonomen Rechts vorgenommen, bevor abschließend auf die sich aus dem LPartDisBG ergebenden neuen Begrifflichkeiten eingegangen wird.

Teil 2, der den Schwerpunkt der Untersuchung bildet, beschäftigt sich ausschließlich mit Art. 17b EGBGB und dessen Regelungsbereich. Aufbau technisch wird dabei die durch Art. 17b EGBGB inhaltlich vorgegebene Reihenfolge eingehalten.

Jedes Sachgebiet enthält über die Analyse des Art. 17b EGBGB hinausgehend auch eine ausführliche Darstellung der einzelnen sachrechtlichen Regelungen der diversen europäischen Staaten.

## § 2 Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Die Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichts<sup>1</sup> über das LPart-DisBG wurde mit Spannung erwartet und war nicht zuletzt auch für das deutsche internationale Privatrecht von höchster Bedeutung, denn wären die Anträge begründet gewesen, wäre Art. 17b EGBGB nicht zum 1. 8. 2001 in Kraft getreten.

Gemäß § 32 BVerfGG kann das Bundesverfassungsgericht im Streitfall einen Zustand durch einstweilige Anordnung vorläufig regeln, wenn dies zur Abwehr schwerer Nachteile, zur Verhinderung von drohender Gewalt oder aus einem anderen wichtigen Grund zum gemeinen Wohl dringend geboten ist. Dabei haben die Gründe, die für die Verfassungswidrigkeit des angegriffenen Gesetzes vorgetragen werden, grundsätzlich außer Betracht zu bleiben<sup>2</sup>.

Da die Anträge nicht unzulässig oder offensichtlich unbegründet waren, bedarf sowohl die Frage, ob das Zustandekommen des Gesetzes ohne Zustimmung des Bundesrates und seine Abtrennung vom Regelungsgegenstand des noch nicht zustande gekommenen Lebenspartnerschaftsgesetzergänzungsgesetzes als auch die Frage, ob das Gesetz mit Art. 6 I GG in Einklang steht und darüber hinaus noch weitere Grundrechtsverletzungen mit sich bringt, der Klärung im Hauptsacheverfahren. Beide Punkte lassen sich nicht ohne weiteres anhand der verfassungsrechtlichen Rechtsprechung oder mit Hilfe des rechtswissenschaftlichen Schrifttums eindeutig beantworten<sup>3</sup>. Das Normenkontrollverfahren hatte folglich einen offenen Ausgang. Dies mußte das Bundesverfassungsgericht bei seiner Eilentscheidung berücksichtigen. Bei offenem Ausgang des Hauptsacheverfahrens muß das Bundesverfassungsgericht die Folgen, die eintreten würden, wenn eine einstweilige Anordnung nicht erginge, das Normenkontrollverfahren aber Erfolg hätte, gegenüber den Nachteilen abwägen, die entstünden, wenn die angegriffene Regelung außer Vollzug gesetzt, sich aber im Hauptsacheverfahren als verfassungsgemäß erweisen würde<sup>4</sup>. Dabei ist, wenn die Aussetzung des Vollzugs eines Gesetzes begehrt wird, ein be-

---

<sup>1</sup> Urteil vom 18.7.2001: vgl. BVerfG NJW 2001, 2457 ff.

<sup>2</sup> BVerfG, 1 BvQ 23/01 vom 18.7.2001, Absatz Nr. 14, <http://www.bverfg.de/>.

<sup>3</sup> BVerfG, 1 BvQ 23/01 vom 18.7.2001, Absatz Nr. 17, <http://www.bverfg.de/>.

<sup>4</sup> StRspr: vgl. BVerfGE 91, 320, 326; BVerfG, 1 BvQ 23/01 vom 18.7.2001, Absatz Nr. 15, <http://www.bverfg.de/>.

sonders strenger Maßstab anzulegen<sup>5</sup>. In seiner Entscheidung weist das BVerfG ausdrücklich darauf hin, daß es von seiner Befugnis, ein Gesetz außer Kraft zu setzen, nur mit größter Zurückhaltung Gebrauch machen darf, ist doch der Erlaß einer einstweiligen Anordnung gegen ein Gesetz stets ein erheblicher Eingriff in die Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers<sup>6</sup>. Die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts dürfe nicht zu einem Mittel werden, mit dem im Gesetzgebungsverfahren unterlegene Beteiligte das Inkrafttreten des Gesetzes verzögern können.

## A. Ansicht der Senatsmehrheit

Der Erste Senat bezog in die Abwägung die im folgenden dargestellten ausschlaggebenden Punkte mit ein. Zunächst stellte er fest, daß bei einem Inkrafttreten des angegriffenen Gesetzes keine irreversiblen Nachteile für das Institut der Ehe zu erwarten sind<sup>7</sup>.

Des weiteren sei das zur Prüfung gestellte Gesetz auch vollziehbar, denn die Länder sind nicht daran gehindert, in eigener Kompetenz hierzu Ausführungsgesetze zu erlassen. Weiterhin vertritt der Erste Senat die Auffassung, daß unterschiedliche Ausführungsgesetze der Länder über die Zuständigkeit und das Verfahren hinsichtlich des Personenstandes der eingetragenen Partnerschaft nicht zu einem problematischen Mangel an Transparenz im Personenstandswesen führen. Landesbezogene Unterschiede seien vielmehr Ausdruck der grundgesetzlichen föderalen Kompetenzzuweisung<sup>8</sup>.

Auch die Nachteile, die sich aus einer notwendig werdenden Rückabwicklung der aus dem LPartDisBG entstandenen Rechtsfolgen ergeben könnten, wenn in dem Hauptsacheverfahren die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes festgestellt werden sollte, bewertete der Erste Senat nicht als Rechtfertigung für eine einstweilige Anordnung. Die Rechtsordnung stelle Regeln und Verfahren bereit, wie solche Probleme zu lösen sind, die auf unwirksamen privatrechtlichen Rechtsgeschäften, auf fehlerhaften Verwaltungsakten oder auf der Verfassungswidrigkeit von Gesetzen beruhen können<sup>9</sup>. Diese Vorkehrungen verhindern nach Ansicht des Senats den Eintritt von Rechtsunsicherheit. Des weiteren stellt der Erste Senat zwar fest, daß bestimmte Rechtsfolgen, die das Gesetz vorsieht, bei ihrem Eintritt und

---

<sup>5</sup> BVerfGE 3, 41, 44; 83, 162, 171; BVerfG, 1 BvQ 23/01 vom 18.7.2001, Absatz Nr. 15, <http://www.bverfg.de/>.

<sup>6</sup> BVerfG, 1 BvQ 23/01 vom 18.7.2001, Absatz Nr. 15, <http://www.bverfg.de/>.

<sup>7</sup> BVerfG, 1 BvQ 23/01 vom 18.7.2001, Absatz Nr. 19, <http://www.bverfg.de/>.

<sup>8</sup> BVerfG, 1 BvQ 23/01 vom 18.7.2001, Absatz Nr. 20 f., <http://www.bverfg.de/>.

<sup>9</sup> BVerfG, 1 BvQ 23/01 vom 18.7.2001, Absatz Nr. 23, <http://www.bverfg.de/>.

Vollzug nicht mehr rückgängig gemacht werden, auch wenn sich das Gesetz als verfassungswidrig erweisen würde und nichtig wäre, jedoch bewertet er diese Nachteile nicht gewichtiger als diejenigen, die einträten, wenn die einstweilige Anordnung erginge, das Gesetz sich später jedoch als verfassungsgemäß erweise<sup>10</sup>. Dieses Abwägungsergebnis gilt auch für mögliche Nachteile in den Bereichen des Erbrechts, der Einbürgerung und der Zeugnisverweigerungsrechte<sup>11</sup>.

## B. Sondervotum

Auffällig an der Entscheidung ist, daß drei Richter der Entscheidung des Senats nicht zustimmten<sup>12</sup>. Diese abweichende Meinung hielt die Anträge für begründet und den Erlaß einer einstweiligen Anordnung zur Abwehr einer Gefahr für das gemeine Wohl im Sinne des § 32 I BVerfGG für dringend geboten<sup>13</sup>. Trotz einer übereinstimmenden rechtlichen Grundeinschätzung kommen die drei Richter zu einer gegensätzlichen Bewertung für den konkreten Fall. Als problematisch erscheint der abweichenden Meinung insbesondere die Frage nach dem Fortbestand der bis dahin begründeten Lebenspartnerschaften – vorausgesetzt, das Gesetz würde später für nichtig erklärt. Es sei unklar, ob der einmal begründete personenrechtliche Status *ex nunc* oder *ex tunc* entfiele. Darüber hinaus sei eine Rückabwicklung generell mit erheblichen Schwierigkeiten und unabsehbaren Folgen für den Rechtsverkehr verbunden<sup>14</sup>.

Weiterhin stützt sich das Sondervotum darauf, daß den Betroffenen keine gesicherten Rechtspositionen entzogen würden<sup>15</sup>. Diese Auffassung, die ohne nähere Begründung vertreten wird, steht im Widerspruch zu der These der Senatsmehrheit, die davon ausgeht, daß der Gesetzgeber den Begünstigten die Rechte schon mit der Verkündung des Gesetzes zuerkannt habe, so daß die einstweilige Anordnung zu einem Rechtsverlust und nicht zu einer bloßen Rechtsverhinderung führe<sup>16</sup>.

---

<sup>10</sup> BVerfG, 1 BvQ 23/01 vom 18.7.2001, Absatz Nr. 25, <http://www.bverfg.de/>.

<sup>11</sup> BVerfG, 1 BvQ 23/01 vom 18.7.2001, Absatz Nr. 25, <http://www.bverfg.de/>.

<sup>12</sup> BVerfG, 1 BvQ 23/01 vom 18.7.2001, Absatz Nr. 32, <http://www.bverfg.de/>.

<sup>13</sup> BVerfG, 1 BvQ 23/01 vom 18.7.2001, Absatz Nr. 32, <http://www.bverfg.de/>.

<sup>14</sup> BVerfG, 1 BvQ 23/01 vom 18.7.2001, Absatz Nr. 35, <http://www.bverfg.de/>.

<sup>15</sup> BVerfG, 1 BvQ 23/01 vom 18.7.2001, Absatz Nr. 36, <http://www.bverfg.de/>.

<sup>16</sup> Vgl. BVerfG, 1 BvQ 23/01 vom 18.7.2001, Absatz Nr. 30, <http://www.bverfg.de/>.

## Register

- Abstammung 314
- Anfechtung 315
- Abwehrrecht
- Begriff 21
- Adoption 153, 302
- gemeinschaftliche 316
- Adoptionsrecht 316
- Annahme als Kind 316
- gemeinschaftliche Annahme 316
- Grundsatz der Einzeladoption 317
- Namensrecht 320
- ordre public 317
- Stiefkindadoption 317, 320
- Adoptionsstatut 302
- allgemeine Wirkungen Siehe Wirkungen, allgemeine
- Anerkennung 242, 243
- ausländischer gerichtlicher Entscheidungen 172
- ausländischer Urteile 172
- divergierende Ergebnisse 177
- FamRÄndG 176
- kollisionsrechtlicher Maßstab 181
- Maßstab 180
- ordre public 179
- Privatscheidung 180
- Scheidung 188
- Verfahren der Freiwilligen Gerichtsbarkeit 176
- von Urteilen 140
- Wirkungserstreckung einer Entscheidung 180
- Anerkennungsautomatismus 177, 309
- Anerkennungsschwierigkeiten
- im Ausland 194
- Anerkennungsverfahren 309
- förmliches 177
- Anerkennungszuständigkeit 178
- Angeleichung 133, 144, 236, 240, 243, 271
- Höhe der Erbquote 237
- Anknüpfung
- Aufenthaltsprinzip 277
- gemeinsame Staatsangehörigkeit 277
- gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt 89
- Heimatrecht 89
- objektive 137
- personenbezogene 46
- Anknüpfung, handlungsbezogene
- staatlicher Registrierungsakt 89
- Anknüpfungsgegenstand
- Auslegung 76
- Begriff 65
- Anknüpfungspunkt 97, 298
- Begriff 88
- gewöhnlicher Aufenthalt 121
- lex loci celebrationis 88
- Anordnung, einstweilige
- Begriff 8
- gegen ein Gesetz 9
- Anpassung Siehe Angleichung
- Aragón
- Auflösung 199
- Begründungsvoraussetzungen 105
- Erbrecht 259
- Güterrecht 167
- Unterhalt 225
- Arbeitsplatz
- Störungen am 278
- Aufenthalt, gewöhnlicher 79, 84
- Aufenthaltsprinzip 89
- Auffanggüterstand 148
- Aufhebung
- automatische 170
- Bedürfnis nach Rechtsklarheit 195
- Beteiligung deutscher Gerichte 186
- durch Antrag 170
- durch bloße Erklärung gegenüber einer Behörde 186
- durch gerichtliches Urteil 169, 187
- Feststellungsklage 189
- funktionelle Zuständigkeit 187
- Gestaltungsklage 189
- im Ausland begründeter Lebenspartnerschaften 185
- privatrechtlicher Gestaltungsakt 180
- Stellvertretung 171
- von Amts wegen 169
- Widerruf der Nichtfortsetzungserklärung 171
- Zuständigkeitsmonopol 189

- Aufhebung vor einer
  - Verwaltungsbehörde
  - Ziel 194
- Aufhebungsgrund 171
- Aufhebungsmonopol 189
- Aufhebungsverfahren 170
- Auflösung der Lebenspartnerschaft 168
  - actus contrarius 168
  - Anknüpfung 168
  - Sachnormverweisung 169
- Ausführungsgesetz 9
- Ausführungskompetenz 13
- Ausgleichsgemeinschaft 132, 147, 149
  - kein Vorrang 151
- Auslegung
  - Anknüpfungsgegenstand 76
  - Ausnahmevorschriften 81
  - autonome 202
  - dynamische 205
  - funktionale 69
  - grammatische 203
  - historische 141, 203
  - kollisionsrechtliche 66
  - rechtsvergleichende 204
  - restriktive 254, 300
  - systematische 203
  - systemimmanente 309
  - teleologische 203
  - übergreifende systematische 306
  - weite 71
- Auslegungsregel, allgemeine 25
  
- Befugnis, sorgerechtigliche 113
- Begrifflichkeiten 56
- Begründung der Lebenspartnerschaft
  - Inlandsbezug 106
  - Vorfragen 98
- Begründungsvoraussetzungen
  - Rechtsfolgen eines Verstoßes 107
- Belegenheitsrecht 138, 140
- Belegenheitsstaat 138
- Belgien 43, 52
  - Aufhebung 172, 197
  - Begründungsvoraussetzungen 103
  - Bevölkerungsregister 172, 197
  - cohabitation légale 52, 72
  - Ehehindernis 234
  - Erbrecht 233, 258
  - gleichgeschlechtliche Ehe 53, 74
  - Güterrecht 164
  - IPR-Gesetzentwurf 52
  - Kollisionsrecht 233
  - Mehrfachregistrierung 292
  - relation de vie commune 52
  - Unterhalt 225
- BGB-Gesellschaft 150
- Botenschaft 94
- Brüssel II-VO 173, 309
- Brüssel I-VO 173
- Bundesrat
  - Zustimmung des 12
- Bundesverfassungsgericht 8
  - Erster Senat 12
  
- CIEC-Übereinkommen 75
  
- Dänemark 50
  - Adoptionsrecht 323
  - Aufhebung 196
  - Begründungsvoraussetzungen 102
  - Erbrecht 257
  - Güterrecht 162
  - Mehrfachregistrierung 291
  - Unterhalt 224
- Deutscher Bundestag
  - Kompetenz 14
- Deutsches Kollisionsrecht der eingetragenen Lebenspartnerschaft 63
  - allgemeinen Wirkungen 109
  - Anknüpfung 88
  - Anknüpfungsgegenstände 97
  - Anwendungsbereich 66, 76
  - Auflösung der Lebenspartnerschaft 168
  - Auslegung 66
  - Begründung der Lebenspartnerschaft 97
  - erbrechtliche Folgen 227
  - Form 92
  - güterrechtliche Wirkungen 124
  - indirekte Rechtswahl 96
  - kindschaftsrechtliche Folgen 314
  - Mehrfachregistrierung 288
  - Namensrecht 260
  - Sachnormverweisung 95
  - Schutz des inländischen Rechtsverkehrs 282
  - Sperrklausel 296
  - synonyme Sprachgebrauch 161
  - Übergangsregelung 325
  - unterhaltsrechtliche Folgen 200
  - Vorfragenanknüpfung 91

- Zuweisung der Lebenspartnerschaftswohnung 276
- Zuweisung des Hausrats Siehe Lebenspartnerschaftswohnung, Zuweisung der
- Differenzierungsgebot 31, 34
- diligentia quam in suis 112
- Diskriminierungsverbot 39
- Domizilprinzip 120
- fraus legis 121
  
- Ehe 41
  - Aufhebungsgrund 25
  - Definition 57
  - Ehehindernis 24
  - Exklusivität 24, 25, 41
  - legitimierte Form des Zusammenlebens 16
  - polygame 32
  - Privilegierung 35
  - Rechtsfolgen des Getrenntlebens 113
  - verfassungsrechtlich garantierter Schutz 4
  - verfassungsrechtlicher Begriff 21
  - Vorrang 27
- Ehe, gleichgeschlechtliche 74
  - Anerkennung 84
  - mit deutscher Beteiligung 86
  - ordre public 81
  - Subsumtion unter Art. 17b EGBGB 77
- Ehebegriff, grundrechtlicher
  - alternative Lebensformen 31
- Ehebegriff, kollisionsrechtlicher 79
- Ehefähigkeitszeugnis 94, 193
- Ehegüterstatut
  - mittelbare Rechtswahl 134
- Ehehindernis 80, 86
  - einseitiges 86
  - Gleichgeschlechtlichkeit 86
  - zweiseitiges 86
- Eheschließungsfreiheit 84
  - Garantie 26
  - Verzicht 27
- Ehewille, erforderlicher 25
- Ehewirkungen, allgemeine 110
- Eigentumsvermutung 282, 283
- Eilantrag 4
- Eilentscheidung 8
- Einheit des Güterstatuts
  - Grundsatz 135
  - Eintragung, deklaratorische 191
  - Eintragung, erneute 122, 158, 182
  - Eintragungshindernisse 98
  - Eintragungsvoraussetzungen 97
  - Einzelstatut 305
    - Vorrang 136, 139
  - Eltern-Kind-Verhältnis 314
  - Erbfolge
    - lex domicilii 240
    - lex rei sitae 240
  - Erbrecht, gesetzliches 255
    - Ausschluß 256
  - erbrechtliche Folgen Siehe Folgen, erbrechtliche
  - Erbrechtsgarantie 38
  - Erbschaftssteuerrecht 257
  - Erbstatut
    - Anwendungsbereich 231
    - belgisches Recht 234
    - Vorfragenanknüpfung 232
  - Erbvertrag 256
  - Erbverzicht 257
  - Ersetzungsbefugnis 294
  - Erstfrage 90
    - Anknüpfung 90
  - EuEheVO 173
  - EuGH 175
    - Anerkennung eingetragener Lebenspartnerschaften 175
    - Eingriffsbefugnis 176
    - Interpretation des Ehebegriffs 175
  - EuGHMR 174
    - Adoption durch homosexuelle Person 175
    - Kindeswohl 175
  - EuGVÜ 142, 173
  - EuGVVO 142, 174
  - Europarecht 174
  - EVÜ 307
  - Exklusivnorm 311
  - Familienförderung 36
  - Feststellungsklage 101, 177, 189
  - Feststellungsurteil
    - Wirkung 190
  - Finnland 51
    - Gattenanteilsrechtssystem 164
    - Güterrecht 164
  - Folgen, erbrechtliche 227
    - Anerkennung 243
    - Angleichung 236, 243

- Anknüpfungsgegenstand 231
- Gesamtverweisung 229
- Grundsatz der Nachlaßeinheit 229
- Hilfsanknüpfung 228, 230, 234, 242, 244
- kein Pflichtteilsrecht 247
- Normenmix 230, 244
- Problem der Substitution 248
- Qualifikation 231
- Rechtswahl 229
- Sperrklausel 253
- Vorfragenanknüpfung 237, 238
- Folgen, kindschaftsrechtliche 314
  - Abstammung 314
  - Adoptionsrecht 316
  - Tatbestandsvoraussetzung 315
  - Vater-Mutter-Verhältnis 315
- Folgen, namensrechtliche
  - bei Aufhebung 270
  - bei Tod 270
- Folgen, unterhaltsrechtliche 200
  - allgemeine Vorschriften 200, 218
  - Anknüpfungsleiter 210
  - Anknüpfungspunkt 200
  - Hilfsanknüpfung 208, 220
  - HUÜ 201
  - Intention des Gesetzgeber 209
  - Normenmix 220
  - präjudizielles Verhältnis 215
  - Qualifikation 213
  - Qualifikationsprobleme 214
  - Recht des gewöhnlichen Aufenthalts 209
  - Überprüfung eherechtlicher Normen 211
  - Vorfragenanknüpfung 215
- Form
  - funktionale Qualifikation 93
- Formen des Zusammenlebens 56
- Formstatut 92
- forum shopping 168
- Frankreich 54
  - Anerkennung 242
  - Aufhebung 197
  - Begründungsvoraussetzungen 104
  - Ehegattenerbrecht 250
  - Erbrecht 242, 258
  - Erbschaftssteuerrecht 251
  - extraterritoriale Außenstelle 198
  - Güterrecht 165
  - Kollisionsrecht 241
  - Mehrfachregistrierung 292
  - Nachlaßspaltung 241
  - PACS 54, 70
  - Tribunal d'instance 198
  - Unterhalt 225
- fraus legis 121
- Freiheit, gesetzgeberische 15
- Gegenseitigkeitserfordernis 180
- Gemeinschaft, häusliche 60
- Gemeinschaft,
  - lebenspartnerschaftsähnliche
    - Definition 58
- Gemeinschaftsrecht, sekundäres 178
- Gesamtverweisung 95
- Geschlechtsgemeinschaft 20, 59
- Gesetz
  - Ausführungskompetenz der Länder 13
  - zustimmungsbedürftig 13
- Gesetzgeber
  - Gleichstellungsbefugnis 30
  - Gleichstellungspflicht 30
  - Gleichstellungsrecht 30
  - positive Regelungspflicht 19
  - Regelungsverzicht 72
  - Willkür- und Mißbrauchsgrenze 14
- Gestaltungsklage 189
- Gestaltungswirkung
  - Anerkennung im Registrierungsstaat 192
- Getrenntleben
  - Definition 279
- Glaube, guter
  - kollisionsrechtlicher 286
- Gleichheitssatz, allgemeiner 42
  - Begriff 39
  - Sexual- und Zweckpartnerschaften 40
- Gleichheitssatz, besonderer
  - Begriff 39
- Gleichstellung
  - einfachgesetzliche 31
- Gleichstellungsverbot
  - für homophile Lebensgemeinschaften 23
- Gleichwertigkeit, funktionelle 267
- Grundsatz der Einzeladoption 317
- Grundsatz der Nachlaßeinheit 229
  - Durchbrechung 229
- Grundsatz des schwächeren Rechts 157, 310
- Günstigkeitsprinzip 285

- Feststellung ex officio 285
- guter Glaube Siehe Glaube, guter
- güterrechtliche Wirkungen Siehe Wirkungen, güterrechtliche
- Güterstände 126
- Gütertrennung 143
  
- Haager Übereinkommen über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption 318
  - Adoptionsverfahren 318
  - Anerkennung 318
  - Auslegung 319
  - Kindeswohl 319
- Haager Übereinkommen über die Eheschließung und die Anerkennung von Ehen 76
- Handlungsfreiheit, allgemeine 18
- Hausratsverteilung bei Getrenntleben
  - Anknüpfung 115
- Hilfsanknüpfung 208, 220, 230
  - Grundsatzes der Nachlaßeinheit 230
  - kein Rückgriff auf 247
  - Normenmix 220
  - Sinn und Zweck 244
  - Substitutionsfrage 220
- HUÜ 201
  - Anwendungsbereich 202
  - Auslegung 203
  - autonome Auslegung 217
  - Ehebegriff 217
  - entsprechende Anwendung (Art. 8) 217
  - Familienbegriff 203
  - loi uniforme 202
  - nichteheliche Lebensgemeinschaft 204
  - ordre public 207
  - persönlicher Anwendungsbereich 203
  - Sachnormverweisung 212
  - Vereinheitlichungswirkung 213
  - Vereinheitlichungszweck 216
  - Vorbehalt 218
  - Vorfragenanknüpfung 216
  - Vorrang 201
  
- Identität, funktionelle 173
- Identität, sexuelle 29
- Inlandsbezug, hinreichender
  - als ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal 306
- Institutsgarantie 23
- Internationale Zuständigkeit 172
  - alternative Voraussetzungen in Lebenspartnerschaftssachen 184
  - Anerkennungsprognose 184
  - ausschließliche 185
  - Entscheidungsvoraussetzung 183
  - Feststellung 183
  - im Sinne von § 328 I ZPO 179
- Internationaler Gerichtshof 206
- Internationales Einheitsrecht
  - Auslegung 203
  - oberste Rechtsprechungsinstanz 206
  - Prinzip des internationalen Rechtsanwendungseinklangs 203
- Internationales Zivilverfahrensrecht 172
- Intertemporales Privatrecht 325
  - allgemeine Grundsätze 326
- Island 51
  - Adoptionsrecht 323
  - Begründungsvoraussetzungen 102
  - Güterrecht 163
  - Mehrfachregistrierung 292
- Italien
  - Erbrecht 245
  - IPR-Reformgesetz 245
  - kollisionsrechtliche Rechtswahl 245
  
- Kanada
  - Bedingungen für gleichgeschlechtliche Ehe 75
  - gleichgeschlechtliche Ehe 75
  - Ontario 75
- Kappungsregel Siehe Sperrklausel
- Katalonien
  - Auflösung 199
  - Begründungsvoraussetzungen 104
  - Erbrecht 246, 259
  - gesetzliches Vermächtnis 246
  - Güterrecht 167
  - unión estable 104
  - Unterhalt 225
- Kindesname 273
  - Rechtswahlauswirkungen 273
- Kindeswohl 33, 302
- kindschaftsrechtliche Folgen Siehe Folgen, kindschaftsrechtliche
- Kollisionsnorm
  - allseitige 66

- einseitige 66, 276
- selbständige 66
- unselbständige 66
- Kollisionsnormen, familienrechtliche
- analoge Anwendung 46
- Kollisionsrecht
- bisheriges - formalisierter Lebenspartnerschaften 45
- kollisionsrechtliche Kontrolle Siehe Kontrolle, kollisionsrechtliche
- Konkordanz, praktische 37
- Konkurrenzlösung 236
- Konkurrenzschutz, absoluter 28
- Konsularvertrag
- BRD-UdSSR 227
- deutsch-türkischer 227
- Kontrolle, kollisionsrechtliche 141, 309
  
- Lebensgemeinschaft
- Begriff 59
- Lebensgemeinschaft, eheliche 25
- Lebensgemeinschaft, nichteheliche 59, 332, 334
- Anknüpfung 335
- Definition 57
- Korrektur der Definition 60
- Qualifikation 335
- Lebensgemeinschaften, heterosexuelle
- Benachteiligung 41
- Lebensgestaltungsgemeinschaft
- Begriff 59
- Lebenspartnerschaft, eingetragene 6
- aliud zur Ehe 29
- Aufhebung 169
- Auflösung ex nunc 26
- Auslegung des Systembegriffs 67
- automatische Aufhebung 235
- Begründung 98
- Charakteristikum 49
- Doppelname 269
- Ehehindernis 24, 25, 235
- Eigentumsvermutung 282, 283
- Erbrecht 255
- formelle Voraussetzungen 95
- gesetzlicher Güterstand 147
- Getrenntleben 279
- Haftungserleichterung 112
- Hausratsverteilung 279
- hinkende 47
- Kollisionsrecht Siehe Deutsches Kollisionsrecht der eingetragenen Lebenspartnerschaft
- kollisionsrechtlicher Begriff 70
- Legaldefinition 58
- Mehrfachregistrierung 290
- Namensführung 268
- namensrechtliche Folgen bei Beendigung 272
- Namensvarianten 269
- Regelungsmodelle 49
- Schlüsselgewalt 283
- Sorgerecht 113
- Unterhaltsansprüche 221
- vermögensrechtlichen Beziehungen 161
- Verteilung von Hausrat 279
- zulässige Wahlgüterstände 149
- Zuweisung der Wohnung 279
- Lebenspartnerschaftsgüterstatut 125, 130
- Auswirkungen der Sperrklausel 145
- Durchbrechung 137
- Qualifikationsprobleme 131
- Rechtswahl 133
- Lebenspartnerschaftsname 260, 268
- Lebenspartnerschaftsnamensstatut 260
- sachliche Reichweite 271
- zeitliche Reichweite 271
- Lebenspartnerschaftsstatut 99
- Lebenspartnerschaftsvertrag 129, 158, 161
- Notar 159
- Lebenspartnerschaftswirkungsstatut
- Rechtswahl Siehe Rechtswahl
- Lebenspartnerschaftswohnung 114
- Lebenspartnerschaftswohnung, Zuweisung der 276
- analoge Anwendung 278
- Anknüpfung 276
- lex rei sitae 278
- Nutzungsbefugnis 276
- Sachnormverweisung 276
- Vorfragen 279
- Leistungsklage 191
- lex causae 70
- lex domicilii 230, 240
- lex loci celebrationis 88
- lex rei sitae 139, 228, 229, 240, 277
- loi uniforme 64
- LPartDisBG 3, 4
- LPartG 4
- LPartGErgG 3

- Mehrehen 31
- Mehrfachregistrierung 122, 158, 182, 288
  - Ersetzungsbefugnis 294, 295
  - Hauptanwendungsbereich 293
  - indirekte Rechtswahl 289
  - Manipulation 294
  - Normenhäufung 295
  - Statutenwechsel 289
  - Vorfrage 289
- Mehrstaater 118
- Menschenwürde
  - Begriff 17
- Nachlaßspaltung
  - kollisionsrechtliche 229
  - mehrfache 230
- Näherecht 136
- Näheverhältnis, persönliches 41
- Name
  - Begriff 260
  - Erwerb 261
  - Verlust 261
- Namensrecht 260
  - Angleichung 271
  - Anknüpfungspunkt 261
  - Anwendungsbereich des Art. 10 EGBGB 262
  - Doppelname 269
  - Doppelstaater 265
  - Kindesname 273
  - materiellrechtliche Auswahlmöglichkeit 266
  - nachträgliche Rechtswahl 267
  - namensrechtliche Folgen Siehe Folgen, namensrechtliche
  - Personalstatut 262
  - Rechtswahl 264, 265
  - rechtswahl des Inhabers der Sorge 274
  - Rück- und Weiterverweisung 263
  - Statutenwechsel 263
  - Vorfrage 262
- Namensstatut
  - gemeinsame Kinder 273
  - Kind 273
- Namenswahl 13
- Nichtehe 87
- Niederlande 43, 51, 78, 146
  - Adoptionsrecht 322
  - allgemeine Gütergemeinschaft 147
  - Aufhebung 199
  - Begründungsvoraussetzungen 103
  - Erbrecht 254, 258
  - gemeinschaftliche Adoption 51
  - gleichgeschlechtliche Ehe 74
  - Güterrecht 166
  - Güterstand 155
  - kollisionsrechtliche Rechtswahl 159
  - kollisionsrechtliche Regelung 51
  - Mehrfachregistrierung 292
  - Namensrecht 269
  - Unterhalt 225
- Niederlassungsabkommen, deutsch-iranisches 227
- Normenhäufung 295
- Normenkontrolle, abstrakte 306
- Normenkontrollverfahren 8
- Normenmix 220
- Normsetzung, folgerichtige 15
- Norwegen 51
  - Aufhebung 185, 196
  - Begründungsvoraussetzungen 101
  - Erbrecht 257
  - Güterrecht 162
  - HUÜ 219
  - Mehrfachregistrierung 291
  - Unterhalt 224
- Notar
  - funktionelle Zuständigkeit 193
- Nutzungsbefugnis 114
- Ordnungsinteresse
  - des Näherechts 144
- Ordnungsvorstellungen, materielle 70
- ordre public 47, 80
  - Auslegung 81
  - Voraussetzungen 82
- PACS
  - Ersetzungsbefugnis 294
  - Substitution 250
- Partnerschaft, eingetragene heterosexuelle 332
  - analoge Anwendung des Art. 17b EGBGB 71
  - Anknüpfung 333
  - Anknüpfungspunkt 68
  - Anwendung der Art. 13 ff. EGBGB 73
  - direkte Anwendung des Art. 17b

- EGBGB 70
- familienrechtliches Institut 74
- kollisionsrechtliche Behandlung 68
- Qualifikation 332
- Rechtsposition 333
- Sperrklausel 312
- Partnerschaft, formlose
- Anknüpfung 87
- Partnerschaften, homosexuelle
- Kinder 32
- Strukturunterschied 32
- Partnerschaftstourismus 105
- Partnerschaftswirkungsstatut 117
- Personalstatut
- deutsches 72
- Ehehindernis 80
- Persönlichkeitsrecht, allgemeines 18
- Grundrechtsverletzung 19
- Pflichtteilsrecht 247, 256
- verfassungsrechtliche Grenze 38
- Prinzip des Territorialismus 156
- Privataufhebung 169
- Feststellungsklage 190
- Privatscheidung 180
- Wirksamkeit 188
  
- Qualifikation
- autonome 65
- Begriff 65
- eines unbekanntes Rechtsinstituts 69
- familienrechtliche 46
- funktionale 47, 78, 116, 231, 246
- kollisionsrechtliche 66
- Maßstab 65
- nach der lex causae 69
- nach der lex fori 45, 65, 146
- schuldrechtliche 45
  
- Recht, inkorporiertes 201
- Rechtsinstitut
- Ordnungsfunktion 76
- Rechtsnachfolge von Todes wegen 298
- Rechtsposition, gesicherte 10
- Rechtsunsicherheit 9
- Rechtsverhältnis, hinkendes 145, 182
- Rechtsverlust 10
- Rechtswahl 288
- allgemeine
  - Lebenspartnerschaftswirkungen 117
- Anknüpfungspunkt 123
- Auswirkungen 119
  
- Beurkundung 121
- des Inhabers der Sorge 274
- Ehwirkungsstatut 117
- erbrechtliche 229
- formelle Voraussetzung 266
- gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt 120
- im Ausland 159
- kollisionsrechtliche 96
- Lebenspartnerschaftswirkungsstatut 119
- nachträgliche 267
- praktische Bedeutung 119
- Sachnormverweisung 268
- Regelung
- des Verwaltungsverfahrens 13
- Regelungsinteresse,
  - kollisionsrechtliches 138
- Regelungspflicht, positive
- des Gesetzgebers 19
- Register, ausländisches
- Eintragung 191
- konstitutive Eintragung 192
- renvoi 137, 229
- Rückverweisung 95
  
- Sachnormverweisung 95
- Scheidungsmonopol 188
- Scheidungsstatut 168
- Scheinehe 100
- Scheinpartnerschaften 99
- Schutz des inländischen Rechtsverkehrs
- Eigentumsvermutung 282
- Gläubigerschutz 282
- Günstigkeitsprinzip 285
- gutgläubiger Dritter 282
- Gutgläubigkeit 285
- hinreichender Inlandsbezug 283
- Schlüsselgewalt 283
- Schutzabstandsgebot 29, 34
- absolutes 29
- Schutzbereich Ehe 21
- eingetragene Lebenspartnerschaft 22
- nichteheliche Lebensgemeinschaft 22
- Schutzbereich Familie
- Begriff 20
- sexuelle Orientierung 21
- Schweden 50
- Adoptionsrecht 322
- Aufhebung 183, 196
- Begründungsvoraussetzungen 102

- Erbrecht 257
- erbrechtliche Folgen 241
- Gattenanteilsrechtssystem 163
- Güterrecht 163
- Kollisionsrecht 241
- kollisionsrechtliche Regelungen 51
- Mehrfachregistrierung 291
- Unterhalt 224
- Schweiz
- IPR 241
- sorgerechtliche Befugnis Siehe  
Befugnis, sorgerechtliche
- Sozialstaatsprinzip 37
- Spanien 54
- Begründungsvoraussetzungen Siehe  
Aragón und Katalonien
- IPR 246
- Sperrklausel 73, 148, 253, 296
- abstrakte Normenkontrolle 306
- Anwendungsbereich 153
- Ausgestaltung 73
- ausgiebiger Rechtsvergleich 310
- Auslegung 154
- begrenzt territorialer  
Geltungsanspruch 296
- Einschränkung 304
- entsprechende Anwendung des Art.  
16 I EGBGB 286
- erbrechtliche Folgen 298
- Ergebniskorrektur 157
- Erstreckung 301
- Gesetzesgeschichte 300
- Grundsatz des schwächeren Rechts  
310
- Hauptanwendungsbereich 301
- hinreichender Inlandsbezug 306, 308
- Intention des Gesetzgebers 154
- Kindschaftsrecht 301
- Konkurrenzverhältnis 303
- ordre public 157
- praktische Bedeutung 152, 254
- rechtsvergleichende Betrachtung 146
- restriktive Auslegung 254
- restriktive Interpretation 300
- Staatsverträge 304
- tatbestandliche Reichweite 297
- unmißverständliche  
Handlungsanweisung 310
- Unstimmigkeiten 307
- unterhaltsrechtliche Folgen 298
- Verhinderung der Anerkennung 156
- vorrangiges Einzelstatut 305
- Wirkungen 158
- Staatsangehörigkeitsprinzip 89
- Staatsvertrag 304
- bilateralen 63, 228
- geschlossener 64
- loi uniforme 64
- multilateraler 63
- non-self-executing 64
- offener 64
- self-executing 64
- vorrangiger 63
- Staatsvertrag, bilateralen 176
- Standesbeamte
- funktionelle Zuständigkeit 193
- Hauptaufgabenkreis 193
- Status, personenrechtlicher 10
- Statutenwechsel 289
- Stellvertretung 94
- Steuerfreibetrag 251
- Stiefkindadoption Siehe Adoptionsrecht
- Substitution
- funktionelle Gleichwertigkeit 249
- Maßstab 249
- PACS 249
- Systembegriff 249
- Voraussetzungen 249
- Zweifelsregelung 252
- Tatbestandsmerkmal, ungeschriebenes  
306
- Teilung, reaktive 14
- Testament, gemeinschaftliches 244, 256
- Testierfreiheit 38
- Türkei 227
- Ungleichbehandlung
- Rechtfertigung 42
- Unteranknüpfung 246
- Unterhalt, nachpartnerschaftlicher 211
- Unterhaltsanspruch
- Aufenthaltsrecht 211
- bei bestehender Lebenspartnerschaft  
221
- bei Getrenntleben 222
- gesetzlicher 214
- HUÜ 212
- Maßstab der Unbilligkeit 222
- nachpartnerschaftlicher 223
- Trennungsbegriff 222
- Unzumutbarkeit einer  
Erwerbstätigkeit 224

- vertragliche Regelung 224
- Unterhaltspflicht
  - Definition 213
  - lebenspartnerschaftliche 36
  - nachpartnerschaftliche 36
- Unterhaltsrecht
  - Ehegatten 16
  - Lebenspartner 16
- unterhaltsrechtliche Folgen Siehe Folgen, unterhaltsrechtliche
  
- Verfassungsmäßigkeit 7
  - Aufteilung eines Gesetzesentwurfs 13
  - formelle 16
  - materielle 17
- Verfassungsrecht, kollidierendes 36
- Verfügung
  - erbvertragliche 228
  - testamentarische 228
- Verfügungen von Todes wegen
  - Begriff 232
- Verfügungsbeschränkungen
  - Qualifikation 126
- Vergleichbarkeit, funktionale
  - von Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften 46
- Vermächtnis, gesetzliches
  - Qualifikation 246
- Vermittlungsverfahren 4
- Vermögensauseinandersetzung 128
  - nach Aufhebung der Lebenspartnerschaft 129
- Vermögensgemeinschaft 149
  - Zulässigkeit 150
- Vermögensspaltung, kollisionsrechtliche 137
- Vermögenstrennung 143, 147
- Versorgungsausgleich 153
- Vertrag
  - unterhaltsrechtlicher 214
- Vertragsautonomie 161
- Völkervertragsrecht 201
- Voraus 255
- Vorbehaltsklausel, spezielle 306
- Vorfrage 90, 98, 262, 289
  - Anknüpfung 90
  - Eheschließung 79
- Vorrang des ärgeren Rechts 236
- Vorschriften, besondere
  - im Sinne von Art. 3 III EGBGB 136
  
- Weiterverweisung 95
- Wirkungen, allgemeine
  - Anknüpfung 109
  - Begriff 109
  - Qualifikation 109
  - Rechtsfolgen des Getrenntlebens 115
  - Rechtswahlmöglichkeit 117
  - Schlüsselgewalt 112
- Wirkungen, güterrechtliche
  - Anknüpfung 124
  - Aufhebung eines anderen Güterstandes 128
  - lebenspartnerschaftsvertragliche Regelungen 129
  - Qualifikation 124
  - Sachnormverweisung 139, 146
- Würde des Menschen Siehe Menschenwürde
  
- Zugewinn
  - Qualifikation 132
- Zugewinnausgleich
  - Berechnung 143
  - pauschalierter 132
- Zugewinngemeinschaft 152
  - Funktion 152
- Zuständigkeit
  - Begriff 187
  - Standesbeamte 13
  - zustimmungsbedürftige - einer Landesbehörde 13
- Zuständigkeit, funktionelle
  - Begriff 187
- Zuständigkeitsmonopol 190, 193
  - deutscher Gerichte 189
- Zuweisung von Hausrat oder Wohnung
  - Qualifikation 114
- Zweckgemeinschaft 60

# Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

## Alphabetische Übersicht

- Adam, Wolfgang*: Internationaler Versorgungsausgleich. 1985. *Band 13*.
- Ahrendt, Achim*: Der Zuständigkeitsstreit im Schiedsverfahren. 1996. *Band 48*.
- Amelung, Ulrich*: Der Schutz der Privatheit im Zivilrecht. 2002. *Band 97*.
- Anderegg, Kirsten*: Ausländische Eingriffsnormen im internationalen Vertragsrecht. 1989. *Band 21*.
- Bartels, Hans-Joachim*: Methode und Gegenstand intersystemarer Rechtsvergleichung. 1982. *Band 7*.
- Basedow, Jürgen* (Hrsg.): Europäische Verkehrspolitik. 1987. *Band 16*.
- Baum, Harald*: Alternativanknüpfungen. 1985. *Band 14*.
- Behrens, Peter*: siehe *Hahn, H.*
- Böhmer, Martin*: Das deutsche internationale Privatrecht des timesharing. 1993. *Band 36*.
- Boelck, Stefanie*: Reformüberlegungen zum Haager Minderjährigenschutzabkommen von 1961. 1994. *Band 41*.
- Brand, Oliver*: Das internationale Zinsrecht Englands. 2002. *Band 98*.
- Brockmeier, Dirk*: Punitive damages, multiple damages und deutscher ordre public. 1999. *Band 70*.
- Brückner, Bettina*: Unterhaltsregreß im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1994. *Band 37*.
- Buchner, Benedikt*: Kläger- und Beklagtenschutz im Recht der internationalen Zuständigkeit. 1998. *Band 60*.
- Busse, Daniel*: Internationales Bereicherungsrecht. 1998. *Band 66*.
- Döse-Digenopoulos, Annegret*: Der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz in England. 1982. *Band 6*.
- Dopffel, Peter* (Hrsg.): Ehelichkeitsanfechtung durch das Kind. 1990. *Band 23*.
- (Hrsg.): Kindschaftsrecht im Wandel. 1994. *Band 40*.
- , *Ulrich Drobniq und Kurt Siehr* (Hrsg.): Reform des deutschen internationalen Privatrechts. 1980. *Band 2*.
- Dornblüth, Susanne*: Die europäische Regelung der Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Ehe- und Kindschaftsentscheidungen. 2003. *Band 107*.
- Drappatz, Thomas*: Die Überführung des internationalen Zivilverfahrensrechts in eine Gemeinschaftskompetenz nach Art. 65 EGV. 2002. *Band 95*.
- Drobniq, Ulrich*: siehe *Dopffel, Peter*.
- Eichholz, Stephanie*: Die US-amerikanische Class Action und ihre deutschen Funktionsäquivalente. 2002. *Band 90*.
- Eisenhauer, Martin*: Moderne Entwicklungen im englischen Grundstücksrecht. 1997. *Band 59*.
- Eschbach, Sigrid*: Die nichteheliche Kindschaft im IPR – Geltendes Recht und Reform. 1997. *Band 56*.
- Faust, Florian*: Die Vorhersehbarkeit des Schadens gemäß Art. 74 Satz 2 UN-Kaufrecht (CISG). 1996. *Band 50*.
- Fenge, Anja*: Selbstbestimmung im Alter. 2002. *Band 88*.
- Fetsch, Johannes*: Eingriffsnormen und EG-Vertrag. 2002. *Band 91*.
- Fischer-Zernin, Cornelius*: Der Rechtsangleichungserfolg der Ersten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie der EWG. 1986. *Band 15*.
- Förster, Christian*: Die Dimension des Unternehmens. 2003. *Band 101*.
- Forkert, Meinhard*: Eingetragene Lebenspartnerschaften im deutschen IPR: Art. 17b EGBGB. 2003. *Band 118*.
- Freitag, Robert*: Der Einfluß des Europäischen Gemeinschaftsrechts auf das Internationale Produkthaftungsrecht. 2000. *Band 83*.
- Fricke, Martin*: Die autonome Anerkennungszuständigkeitsregel im deutschen Recht des 19. Jahrhunderts. 1993. *Band 32*.
- Fricke, Verena*: Der Unterlassungsanspruch gegen Presseunternehmen zum Schutze des Persönlichkeitsrechts im internationalen Privatrecht. 2003. *Band 110*.
- Fröschle, Tobias*: Die Entwicklung der gesetzlichen Rechte des überlebenden Ehegatten. 1996. *Band 49*.
- Fromholzer, Ferdinand*: Consideration. 1997. *Band 57*.

- Godl, Gabriele:* Notarhaftung im Vergleich. *Band 85.*
- Gottwald, Walther:* Streitbeilegung ohne Urteil. 1981. *Band 5.*
- Graf, Ulrike:* Die Anerkennung ausländischer Insolvenzscheidungen. 2003. *Band 113.*
- Grigera Naón, Horacio A.:* Choice of Law Problems in International Commercial Arbitration. 1992. *Band 28.*
- Grolimund, Pascal:* Drittstaatenproblematik des europäischen Zivilverfahrensrechts. 2000. *Band 80.*
- Hahn, H. u.a.:* Die Wertsicherung der Young-Anleihe. Hrsg. von Peter Behrens. 1984. *Band 10.*
- Hartenstein, Olaf:* Die Privatautonomie im Internationalen Privatrecht als Störung des europäischen Entscheidungseinklangs. 2000. *Band 81.*
- Hein, Jan von:* Das Günstigkeitsprinzip im Internationalen Deliktsrecht. 1999. *Band 69.*
- Hellmich, Stefanie:* Kreditsicherungsrechte in der spanischen Mehrrechtsordnung. 2000. *Band 84.*
- Hinden, Michael von:* Persönlichkeitsverletzungen im Internet. 1999. *Band 74.*
- Hippel, Thomas von:* Der Ombudsmann im Bank- und Versicherungswesen. 2000. *Band 78.*
- Janssen, Helmut:* Die Übertragung von Rechtsvorstellungen auf fremde Kulturen am Beispiel des englischen Kolonialrechts. 2000. *Band 79.*
- Jung, Holger:* Ägyptisches internationales Vertragsrecht. 1999. *Band 77.*
- Junge, Ulf:* Staatshaftung in Argentinien. 2002. *Band 100.*
- Kadner, Daniel:* Das internationale Privatrecht von Ecuador. 1999. *Band 76.*
- Kannengießner, Matthias N.:* Die Aufrechnung im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1998. *Band 63.*
- Kapnopoulou, Elissavet N.:* Das Recht der mißbräuchlichen Klauseln in der Europäischen Union. 1997. *Band 53.*
- Karl, Anna-Maria:* Die Anerkennung von Entscheidungen in Spanien. 1993. *Band 33.*
- Karl, Matthias:* siehe *Veelken, Winfried.*
- Kircher, Wolfgang:* Die Voraussetzungen der Sachmängelhaftung beim Warenkauf. 1998. *Band 65.*
- Klawer, Stefan:* Das europäische Kollisionsrecht der Verbraucherverträge zwischen Römer EVÜ und EG-Richtlinien. 2002. *Band 99.*
- Kliesow, Olaf:* Aktionärsrechte und Aktionärsklagen in Japan. 2001. *Band 87.*
- Koerner, Dörthe:* Fakultatives Kollisionsrecht in Frankreich und Deutschland. 1995. *Band 44.*
- Kopp, Beate:* Probleme der Nachlaßabwicklung bei kollisionsrechtlicher Nachlaßspaltung. 1997. *Band 55.*
- Kronke, Herbert:* Rechtstatsachen, kollisionsrechtliche Methodenentfaltung und Arbeitnehmerschutz im internationalen Arbeitsrecht. 1980. *Band 1.*
- Landfermann, Hans-Georg:* Gesetzliche Sicherungen des vorleistenden Verkäufers. 1987. *Band 18.*
- Leicht, Steffen:* Die Qualifikation der Haftung von Angehörigen rechts- und wirtschaftsberatender Berufe im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr. 2002. *Band 82.*
- Linker, Anja Celina:* Zur Neubestimmung der Ordnungsaufgaben im Erbrecht in rechtsvergleichender Sicht. 1999. *Band 75.*
- Lüke, Stephan:* Punitive Damages in der Schiedsgerichtsbarkeit. 2003. *Band 105.*
- Meier, Sonja:* Irrtum und Zweckverfehlung. 1999. *Band 68.*
- Minuth, Klaus:* Besitzfunktionen beim gutgläubigen Mobiliarerwerb im deutschen und französischen Recht. 1990. *Band 24.*
- Mistelis, Loukas A.:* Charakterisierungen und Qualifikation im internationalen Privatrecht. 1999. *Band 73.*
- Mörsdorf-Schulte, Juliana:* Funktion und Dogmatik US-amerikanischer punitive damages. 1999. *Band 67.*
- Morawitz, Gabriele:* Das internationale Wechselrecht. 1991. *Band 27.*
- Nemec, Jiri:* Ausländische Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik. 1997. *Band 54.*
- Niklas, Isabella Maria:* Die europäische Zuständigkeitsordnung in Ehe- und Kindschaftsverfahren. 2003. *Band 106.*
- Peinze, Alexander:* Internationales Urheberrecht in Deutschland und England. 2002. *Band 92.*
- Pfeil-Kammerer, Christa:* Deutsch-amerikanischer Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen. 1987. *Band 17.*
- Plett, K. und K.A. Ziegert (Hrsg.):* Empirische Rechtsforschung zwischen Wissenschaft und Politik. 1984. *Band 11.*
- Reichert-Facilides, Daniel:* Fakultatives und zwingendes Kollisionsrecht. 1995. *Band 46.*
- Reiter, Christian:* Vertrag und Geschäftsgrundlage im deutschen und italienischen Recht. 2002. *Band 89.*
- Richter, Stefan:* siehe *Veelken, Winfried.*
- Rohe, Mathias:* Zu den Geltungsgründen des Deliktsstatus. 1994. *Band 43.*

- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von:* Das Konkubinats in den mexikanischen Zivilrechtsordnungen. 1990. *Band 22.*
- Sandrock, Andrea:* Vertragswidrigkeit der Sachleistung. 2003. *Band 104.*
- Schepke, Jan:* Das Erfolgshonorar des Rechtsanwalts. 1998. *Band 62.*
- Scherpe, Jens M.:* Außergerichtliche Streitbeilegung in Verbrauchersachen. 2002. *Band 96.*
- Schmidt, Claudia:* Der Haftungsdurchgriff und seine Umkehrung im internationalen Privatrecht. 1993. *Band 31.*
- Schmidt-Parzefall, Thomas:* Die Auslegung des Parallelübereinkommens von Lugano. 1995. *Band 47.*
- Schnyder, Anton K.:* Internationale Versicherungsaufsicht zwischen Wirtschaftsrecht und Kollisionsrecht. 1989. *Band 20.*
- Scholz, Ingo:* Das Problem der autonomen Auslegung des EuGVÜ. 1998. *Band 61.*
- Seibt, Christoph H.:* Zivilrechtlicher Ausgleich ökologischer Schäden. 1994. *Band 42.*
- Seif, Ulrike:* Der Bestandsschutz besitzloser Mobiliarsicherheiten. 1997. *Band 52.*
- Sieghörmer, Robert:* Internationales Straßenverkehrsunfallrecht. 2002. *Band 93.*
- Siehr, Kurt:* siehe *Dopffel, Peter.*
- Spahlinger, Andreas:* Sekundäre Insolvenzverfahren bei grenzüberschreitenden Insolvenzen. 1998. *Band 64.*
- Stiller, Dietrich F.R.:* Das internationale Zivilprozeßrecht der Republik Korea. 1989. *Band 19.*
- Takahashi, Eiji:* Konzern und Unternehmensgruppe in Japan – Regelung nach deutschem Modell? 1994. *Band 38.*
- Thiele, Christian:* Die zivilrechtliche Haftung der Tabakindustrie. 2003. *Band 115.*
- Thoms, Cordula:* Einzelstatut bricht Gesamtstatut. 1996. *Band 51.*
- Tiedemann, Andrea:* Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika. 1993. *Band 34.*
- Tiedemann, Stefan:* Die Haftung aus Vermögensübernahme im internationalen Recht. 1995. *Band 45.*
- Veelken, Winfried, Matthias Karl, Stefan Richter:* Die Europäische Fusionskontrolle. 1992. *Band 30.*
- Verse, Dirk A.:* Verwendungen im Eigentümer-Besitzer-Verhältnis. 1999. *Band 72.*
- Wahler, Jan P. (Hrsg.):* Deutsch-polnisches Kolloquium über Wirtschaftsrecht und das Recht des Persönlichkeitsschutzes. 1985. *Band 12.*
- (Hrsg.): Deutsches und sowjetisches Wirtschaftsrecht. Band 1. 1981. *Band 4.*
  - Band 2. 1983. *Band 9.*
  - Band 3. 1990. *Band 25.*
  - Band 4. 1990. *Band 26.*
  - Band 5. 1991. *Band 28.*
- Wang, Xiaoye:* Monopole und Wettbewerb in der chinesischen Wirtschaft. 1993. *Band 35.*
- Weishaupt, Axel:* Die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten im brasilianischen Sach- und Kollisionsrecht. 1981. *Band 3.*
- Wesch, Susanne:* Die Produzentenhaftung im internationalen Rechtsvergleich. 1994. *Band 39.*
- Weyde, Daniel:* Anerkennung und Vollstreckung deutscher Entscheidungen in Polen. 1997. *Band 58.*
- Witzleb, Norman:* Geldansprüche bei Persönlichkeitsverletzungen durch Medien. 2002. *Band 94.*
- Wu, Jiin Yu:* Der Einfluß des Herstellers auf die Verbraucherpreise nach deutschem und taiwanesischem Recht. 1999. *Band 71.*
- Zeeck, Sebastian:* Das Internationale Anfechtungsrecht in der Insolvenz. 2003. *Band 108.*
- Ziegert, K.A.:* siehe *Plett, K.*

